

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 10 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeichnungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichts-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr Nachmittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Zitelmann, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Mittwoch, den 21. September 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 4. Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeichnungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil des Romans

„Die Waffen nieder!“

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner, auf Verlangen gratis nachgeliefert, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

„Freisinnige“ Skrupellosigkeit.

Wozu unseren „Liberalen“, „Freisinnigen“, „Fortschrittlichen“ und anderen bürgerlichen Freiheitshelden, deren Namen so sinnig wechsell, obgleich die Sache doch immer dieselbe bleibt, alle Versassungsgarantien und konstitutionellen Rechte dienen müssen (und deren Wahrung haben sie sich angeblich zur Lebensaufgabe gemacht!), das beweist wieder einmal in einem bezeichnenden Falle ihr großer Held Eugen Richter. Dieser Führer des spießbürgerlichen Fortschritts ist ein wahrer Musterknabe für Alle seines Gleichen. In seiner Seele und in seinem Blatte kann man die zarlichsten Regungen und Schwingungen einer echten Bourgeoisie verfolgen, und darum ist er so unschätzbar für die Klärung der modernen wirtschaftlichen und politischen Bewegung.

Die kaufmännische Sonntagsruhe, die wir seit dem 1. Juli dieses Jahres in unendlich verkrüppelter Gestalt in Deutschland haben, fand vom ersten Augenblick ihrer

parlamentarischen Erörterung an in Eugen Richter ihren grimmigsten Gegner. Kein Junker und kein Schlotbaron ist von Anfang so blind gegen den ersten Versuch losgegangen, dem geplagten Ladepersonal auch nur einen kleinen Teil des Sonntags zu körperlicher und geistiger Erholung zu sichern, und die Akten über diese schmachtvolle Seite der publizistischen Tätigkeit Eugen Richters sind so vollständig und reichhaltig gesammelt, wie man es zur Kennzeichnung des preussischen Aftersfreisinn nur wünschen kann. Ihre Verwertung wird noch öfters gute Dienste leisten. Selbstverständlich, daß Richter und die „Freisinnige Zeitung“ auch seit dem 1. Juli jede Mörgelei jedes beliebigen Heringsbändigers aus der Provinz über die Ausföhrung der Sonntagsruhe sorgfältig verzeichnet haben. Raun, daß das edle „Berliner Tageblatt“ bei diesem Wettlauf mitkommen konnte. Um den Preis der Gunst des kleinstädtischen Krämers würden die Helden des „Fortschritts“ noch viel mehr riskieren. Wenn in irgend einem Landstädtchen unter dem Einfluß der Krämer der Ladebeschluß am Sonntag ohnedies bis 4 Uhr Nachmittags hinausgerückt war, sodas von einem Erholungstage für die Kaufleute kaum mehr die Rede sein konnte, so fand Eugen Richter und die „Freisinnige Zeitung“ doch heraus, daß die „Landbevölkerung hauptsächlich von 4—5 Uhr laufe“, und das „freisinnige“ Verlangen, die Sonntagsarbeit bis in den Abend zu erlauben, war das ceterum censeo dieser Krämerpolitik. Bis jetzt handelte es sich dabei immer nur um die Verlegung der fünf vom Gesetz erlaubten Sonntags-Arbeitsstunden, und man hielt sich also noch im Rahmen der seit 1. Juli bestehenden Vorschriften. Die neueste Leistung der „Freisinnigen Zeitung“ besteht aber darin, die Aufhebung der ganzen kaufmännischen Sonntagsruhe für alle Städte mit weniger als 10 000 Einwohnern zu verlangen, also unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit vom frühen Morgen bis zum späten Abend des Sonntags für alle Krämer, und das glanzvoll „freisinnige“ an dieser Leistung ist die Art der Durchführung, welche für die reaktionäre Maßregel vorgeschlagen wird. Der große Mann, der sich rühmt an der Spitze Derjenigen zu stehen, welche „über Verfassung und Bürgerrechte gegen behördliche Uebergriffe und Bureaucratie wachen“, ruft zur Verwirklichung seiner Anschläge gegen die kaufmännische Sonntagsruhe dieselbe Bureaucratie gegen Verfassung und Gesetz auf! Er bringt es fertig, in seiner „Freisinnigen Zeitung“ mit Verdröhrungen des klaren Wortlautes in zweideutigen Bestimmungen wie ein Winkelaboolat zu behaupten, daß die Verwaltungsbehörden den ganzen Inhalt eines von Reichstag und Bundesrath beschlossenen Gesetzes für sämtliche Städte mit unter 10 000 Einwohnern außer Kraft setzen könnten. Eugen Richter müßte während der ganzen Reichstags-Verhandlungen über diese Punkte geschlafen haben (und wenn dies der Fall gewesen wäre, so müßten ihn die Protokolle und Kommentare darüber belehren!), wenn er nicht wüßte, daß in dieser Beziehung § 105o der neuen Gewerbe-Ordnung nur von

„Gewerben“ für die Befriedigung täglicher oder am Sonntag besonders hervortretender Bedürfnisse spricht, für welche die Verwaltungs-Behörden „Ausnahmen zulassen“ können. Damit ist z. B. der Milchhandel für Säuglinge oder wenn die „Freisinnige Zeitung“ nur Sonntags erschiene und sich der zur Redaktion derselben nötige Sprit auf Flaschen abziehen ließe, der Verkauf dieser Flüssigkeit an den Abg. Richter gemeint. „Gewerbe“ aber, für welche Ausnahmen gestattet werden können, sind eben Einzelgewerbe, nicht der gesammte Handel einer Gesamtheit von Städten, und „Ausnahmen“ sind Einzelbestimmungen für diese Einzelgewerbe, nicht aber die gesetzwidrige Gestattung unbeschränkter Arbeit am ganzen Sonntage. Doch was nützt es, dem Führer des „Freisinn“ den unzweifelhaften Sinn des § 105o klar machen zu wollen! Er will ihn ja absichtlich verwirren, um dem kleinlichen Krämeregoismus zu schmeicheln und bei dieser schollen Wahlmache ein paar Heringsbändiger als Abonnenten für sein Blättchen zu gewinnen. Alle Phrasen über Verfassung und konstitutionelle Garantien schreibt er dabei in die Esse, — Bureaucratie her, wenn's nötig ist, zur Gesetzesverletzung und zur Befriedigung der kleinlichen, blindesten Gewinnsucht, mit der sich der „große“ Eugen verständnislos identifiziert! Wahrscheinlich ahnt er, wie es ihm und seiner Partei erginge, wenn sie es wagten, im Reichstag einen entsprechenden Antrag auf Gesetzesänderung zu stellen. Kämen die Verwaltungsbehörden seinem verfassungswidrigen Wunsche nach, wären sie so „freisinnig“ wie die Führer des „Fortschritts“, so würden die Debatten mit den bösen Sozialdemokraten vermieden und der „Freisinn“ glunge einer Kritik aus dem Wege, die nicht viel von ihm übrig lassen würde. Das mag der Gedankengang des freisinnigen Helden gewesen sein. Glücklicherweise sind die höheren Verwaltungsbehörden doch noch nicht auf die „konstitutionelle“ Erbärmlichkeit des Freisinn heruntergekommen; sie werden sich hüten, einen so tollen Vorschlag auszuführen, wie ihn Richter macht.

Aber als Episode in der Wirksamkeit des großen Philisterhelden Eugen wird seine Stellungnahme zur kaufmännischen Sonntagsruhe unvergessen bleiben. Sie hat den „Freisinn“ und seinen „hervorragendsten“ Führer gezeichnet und charakterisiert in seiner ganzen Skrupellosigkeit als echten Vertreter einer gewissenlosen Bourgeoisie!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. September.

Der große Ueberlaß. Das Moloch und Veritenspiel wird mit dem bekannten Reptilgeschick fortgesetzt. Es ist ein Eierfang um die Wahrheit — ein Eierfang, ausgeführt mit der Gewandtheit und Grazie von Nilpferden, die den

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[27

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

„Wie weist Du das, Papa? Ich bin überzeugt, die Deinen haben für Dich ebenso gezittert, wie ich für Friedrich zitterte. Nicht wahr, Tante?“

„Wir waren gottvertrauender als Du,“ antwortete diese; „wir wußten, das, wenn die gütige Vorsehung es so lenken wollte, daß — ob wir nun Nachrichten erhielten oder keine — Dein Vater zu uns zurückkehren würde.“

„Und wäre ich nicht zurückgekehrt, alle Ruduck, so wäret ihr auch vaterlandsliebend genug, um einzusehen, daß eine so geringe Sache, wie eines einzelnen Soldaten Leben in der großen Sache, für die er es gelassen hat, gänzlich verschwindet. Du, meine Tochter, bist lange nicht patriotisch genug gekunt. Aber ich will jetzt mit Dir nicht zanken. Die Hauptsache ist, daß Du wieder gesund wirst, und Dich für Deinen Rudi erhältst, um einen tüchtigen Mann und Vaterlandsverteidiger aus ihm heranzubilden.“

Ich genas nicht so schnell, als man anfangs gehofft. Die fortbauernde Nachrichtenlosigkeit verfehte mich in solche lange Aufregung, daß ich aus dem fieberhaften Zustand eigentlich gar nicht herauskam. Die Nächte waren mit schauerlichen Phantasien gefüllt und die Tage vergingen in

harrernder Sehnsucht oder trübem Hinbrüten; dabei war es schwer, wieder zu Kräften zu gelangen.

Einmal, nach einer Nacht, da ich besonders schauerhafte Gesichte gehabt — Friedrich — lebend unter einem Haufen von Menschen- und Pferdeleichen verschüttet — stellte sich sogar ein Rückfall ein, der mein Leben neuerdings in Gefahr brachte. Die arme Tante Marie hat einer schweren Amt. Sie hielt es für ihre Pflicht, mir unablässig Trost und Ergebung zuzusprechen und ihre Gründe — namentlich die immer wiederkehrende „Bestimmung“ hatten die Wirkung, mich auf's höchste aufzubringen; und statt sie ruhig predigen zu lassen, ließ ich mich zu leidenschaftlichem Widersprechen, zu aufsehenden Klagen gegen das Geschick, zu unumwundenem Versichern hinreißen, daß mir ihre „Bestimmung“ als ein Unstun erschienen. Das Alles klang natürlich lässerlich, und die gute Tante fühlte, sich nicht allein persönlich verletzt, sondern zitterte auch für meine rebellische, sehr vielleicht so bald vor den ewigen Richterstuhl gerufene Seele.

Nur ein Mittel gab es, mich für einige Momente zu beruhigen. Das war, wenn man mir den kleinen Rudolf ins Zimmer brachte. „Du mein geliebtes Kind — Du mein Trost, meine Stütze, meine Zukunft!“ . . . so rief ich den Kleinen in meinem Innern an, wenn ich ihn erblickte. Er blieb aber nicht gern in dem traurigen, verhängnisvollen Krankenzimmer. Es war ihm wohl unheimlich, seine sonst so lustige Mama jetzt unaufhörlich im Bette liegen zu sehen, verweint und blaß. Er wurde selber ganz niedergeschlagen, und so behielt ich ihn immer nur für kurze Augenblicke bei mir.

Von meinem Vater kamen häufig Anfragen und Nachrichten. Er hatte an Friedrich's Obersten und noch an mehrere Andere geschrieben, doch „noch keine Ant-

wort erhalten“. Wenn eine Verlustliste eintraf, schickte er eine Depesche an mich:

„Friedrich nicht dabei.“

„Ob er mich nicht vielleicht betrügt?“ fragte ich einmal die Tante. „Ob nicht schon längst die Todesnachricht da ist — und ihr sie mir verhehlet?“

„Ich schwöre Dir . . .“

„Bei Deinem Glauben? bei Deiner Seele?“ . . .

„Bei meiner Seele.“

Solche Versicherung that mir unsäglich wohl, denn mit aller Macht klammerte ich mich an meine Hoffnung . . . Stündlich erwartete ich das Eintreffen eines Briefes, einer Depesche. Bei jedem Lärm im Nebenzimmer stellte ich mir vor, daß es der Bote sei; fast beständig waren meine Blicke zur Thür gerichtet, mit der beharrlichen Vorstellung, daß einer da eintreten müßte, die beglückende Botschaft in der Hand . . . Wenn ich auf jene Tage zurückschaue, so liegen sie wie ein langes, qualgefülltes Jahr in meiner Erinnerung. Der nächste Lichtblick war mir die Nachricht, daß abermals ein Waffenstillstand geschlossen worden sei — das bedeutete diesmal wohl den Frieden. An dem Tage nach dem Eintreffen dieser Neuigkeit stand ich zum ersten Male ein wenig auf. Der Friede! Welch ein süßer, wohliger Gedanke . . . Vielleicht zu spät für mich! . . . Gleichviel: ich fühlte mich doch unsäglich beruhigt; wenigstens brauchte ich mir nicht mehr täglich, stündlich den tosenden Kampf vorzustellen, von welchem Friedrich vielleicht gerade umgeben war . . .

„Gott sei Dank, jetzt wirst Du bald gesund werden,“ sagte die Tante eines Tages, nachdem sie mir geholfen, mich auf einen Ruhesessel niederzulassen, den man mir zum offenen Fenster geschoben hatte. „Und da können wir nach Grunzig . . .“

Rheumatismus haben. Wird die große Militärvorlage eingebracht werden oder nicht? Wie groß werden die Neuforderungen sein? Wird die große Militärvorlage gleich zu Anfang der nächsten Session eingebracht werden, oder erst nach Ostern, wenn die Budgetdebatten vorbei sind? Werden die Mehrforderungen klein sein, groß, sehr groß? Vierzig, achtzig, hundert, hundertfünfzig Millionen jährlich? Und wird ein Ansehen nöthig sein? Ein kleines, ein großes, ein riesiges? Zweihundert Millionen? Fünfhundert Millionen? Eine Milliarde? Wird die zweijährige Dienstzeit kommen oder nicht? Und wie sind die beiden Aderlässe — der finanzielle und der körperliche — dem Patienten Michel so zu applizieren, daß er nicht allzu hochbeinig ausschlägt? Um all diese Fragen wird seit Monaten herumgeschmüht, heute diese, morgen jene Antwort gegeben, von Jedem eine andere, von den Hundenden der Reptilien Duzende verschiedener Antworten, alle einander widersprechend. Und das ganze Geschmühs und Fragen und Antworten eine jämmerliche, plumpe Komödie. Denn für Jeden, der Augen hatte zu sehen und den Willen, seine Augen zu öffnen, stand es von Anfang an fest, daß es sich um einen General-Angriff und -Ansturm Woloch's handelte, um einen Entscheidungskampf für den Militarismus, — daß der Woloch, um nicht Alles zu verlieren, zu seiner Selbsterhaltung Alles gewinnen mußte — Alles, den letzten Blutstropfen des Volks, so daß es sich „weißblutet“ und „weißgeblutet“ — saigné à blanc, wie Bismarck es in seiner barbarischen Cognac-Rede*) lallend ankündigte — und weißgeblutet, ausgeblutet, blut- und kraftlos und widerstandsunfähig in Woloch's Armen liegt, und ihm nicht mehr zu entrichten vermag. Das wußte Jeder von Anfang an. Und von Anfang an wußte Jeder, der nicht ein zehnfaches Brett vor dem Schädels hat, daß der Woloch keine Zeit hat zu warten, und daß er der Todfeind der Demokratie ist, und ohne Selbstmord zu begehen an die Demokratie kein Zugeständniß machen kann. Und daß der Woloch, der uns seit den sechziger Jahren 13¼ Milliarde — über dreizehntausend Millionen! — gekostet, sich jetzt, da er va banque spielt, nicht mit einem Pappenspiel begnügen würde, das war ebenfalls von Anfang an klar wie die Sonne. Steigerung des Militarismus bis auf's Aeußerste! Vermehrung des stehenden Heeres, soweit es in Rahmen des Militarismus mit höchster Anspannung aller Kräfte überhaupt geschehen kann! Das war das Ziel, welches sich von vornherein für jeden Sehenden scharf abgrenzte. Und die Erreichung dieses Ziels mußte Milliarden kosten — um sich das zu sagen, dazu bedurfte es bloß der Anfangsgründe des Rechnens.

Doch die Wahrheit war zu erschreckend, zu abstoßend, sie ließ sich nicht mit einem Male enthüllen — und darum dieses skandalöse Verzeihen, dessen Opfer das deutsche Volk seit Monaten ist.

Und es steht so an, daß auch das Publikum in der Offiziösen-Komödie mitspielen beginnt. Schreibt z. B. der „Reichsbote“, er könne die Regierungsvorlage nicht annehmen, weil sie an der dreijährigen Dienstzeit rüttle — eine Erklärung, der sich die „Kreuz-Zeitung“ im Kerne anschließt. Sie — die „Kreuz-Zeitung“ — ist aber der Ueberzeugung, daß mit nicht höheren Mehrkosten, als die in Aussicht stehende Vorlage in Anspruch nimmt, auf der Grundlage der dreijährigen Dienstzeit eine wirkliche und ausreichende Stärkung der Armee, die wir bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit trotz quantitativer Vermehrung der Truppen bisher nicht zu erkennen vermögen, zu erreichen ist und daher angestrebt werden sollte.

Und auch angestrebt wird. „Reichsbote“ und „Kreuz-Zeitung“ mögen sich beruhigen. Die Grundlage der dreijährigen Dienstzeit, das heißt des jetzigen Militärsystems, wird nicht umgestürzt; und „Reichsbote“ und „Kreuz-Zeitung“ werden ihre helle Freude an der neuen Militärvorlage haben. Und haben sie. Wir kennen unsere Spiegelberge. Ihre Skrupel und ihre Opposition

*) Wir meinen die berühmte Gehrde, mit welcher der Herrscher des Jahrhunderts die 1887er Wahlkampagne einleitete. Die Rede dauerte etwa eine Stunde, und für den nöthigen Spiritus sorgten 16, in Buchstaben sechzehn Glas (großen Kalibers) Cognac mit Wasser (letzteres in homöopathischen Dosen), die damals von der nationalliberalen Presse bewundernd registriert wurden, und bei deren kunstgerechter Herstellung der damals so geliebte, jetzt so bitter gehasste Staatssekretär Herr v. Boetticher mit auf diesem Gebiet unbestrittene Meisterschaft mitwirkte.

„Sobald ich die Kraft habe, reise ich nach — Alfen!“
„Nach Alfen? Aber Kind, was fällt Dir ein?“
„Ich will dort die Stelle finden, wo Friedrich entweder verwundet oder —“ ich konnte nicht weiter sprechen.

„Soll ich den kleinen Rudolf holen?“ fragte die Tante nach einer Weile. Sie wußte, daß dies das beste Mittel sei, um meine trüben Gedanken für eine Zeit zu verschonen.

„Nein, jetzt nicht — ich möchte ganz ruhig und allein bleiben. . . Auch Du thätest mir einen Gefallen, Tante, wenn Du in das Nebenzimmer gingest. . . vielleicht werde ich ein wenig schlafen. Ich fühle mich so matt. . .“

„Gut, mein Kind, ich will Dich in Ruhe lassen. . . Hier auf dem Tischchen neben Dir steht eine Glocke. Wenn Du etwas brauchst, wird gleich jemand zur Hand sein.“

„War der Briefträger schon da?“
„Nein — es ist noch nicht Postzeit.“
„Wenn er kommt, so wecke mich.“

Ich lehnte mich zurück und schloß die Augen. Leiser Schrittes ging die Tante hinaus. Dieses unhörbare Auftreten hatten sich in letzter Zeit alle Hausgenossen angewöhnt.

Nicht schlafen wollte ich, sondern nur mit meinen Gedanken allein bleiben. . . Ich befand mich in demselben Zimmer, auf demselben Ruhefessel, wie an jenem Vormittage, wo Friedrich gekommen war, mir mitzutheilen: „Wir haben Marschbefehl.“ Es war auch eben so schwül, wie an jenem Tage, und wieder dufteten Rosen in einer Vase neben mir, wieder tönten von der Kaserne Trompetenklänge her. Ich konnte mich ganz in die Stimmung von damals zurückversetzen. . . Ich wollte, ich hätte wieder einschlummern können und träumen, wie ich damals zu träumen wähnte: daß die Thür leise aufging und der geliebte Mann hereintrat. . . Die Rosen dufteten immer schwerer und durch das offene Fenster hallten die fernen Tra- — — —
allmählich schwand mir das Bewußtsein der Gegenwart, immer mehr und mehr fühlte ich mich in jene Stunde zurückverkehrt — vergessen war alles, was seither vorgefallen, nur die eine fixe Idee ward immer intensiver, daß jetzt und

sind nur Theile der Komödie, die seit Monaten im Gang ist, und die Verwirrung und Täuschung des Volkes zum einzigen Zweck hat. Daß Komödianten auch im Publikum ihre scheinbar unabhängigen Leute sitzen haben, das ist ein alter Kniff. Die Herren des „Reichsbotes“ und der „Kreuz-Zeitung“ gehören sogar zu den Vätern der neuen Militärvorlage, — sowie der Komödie, mit welcher sie eingeleitet wird. —

Auf einer Agitationsreise ist augenblicklich der Reichs-Schatzsekretär von Malchahn, um die Schwaben und Bajuwaren, d. h. die schwäbischen und bayerischen Höchstmögenden für die neuen Steuerpläne zu gewinnen. In Stuttgart ist er bereits gewesen, und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ signalisiren ihn bereits für München. Bier, Branntwein, Tabak und was sonst noch sollen bluten, da „wir“ heidenmäßig viel Geld für „unsere“ Militärvorlage — brauchen. Das Volk muß die Beche zahlen. —

Den Kopf der Sozialdemokratie zerbricht sich wieder einmal die „Frankfurter Zeitung“. Sie kann nicht begreifen, warum eine Partei, die in anderen Ländern sich an den Landtagswahlen betheiligt, dies in Preußen nicht thue. Prinzipielle Gründe könnten es nicht sein, denn wir betheiligten uns ja an anderen Wahlen mit indirektem und auch mit Dreiklassen-Wahlrecht. Wenn wir uns an den preussischen Landtagswahlen betheiligten, wären uns mehrere Mandate doch sicher.

Letzteres ist richtig, allein nur unter der Bedingung, daß wir mit anderen Parteien Kompromisse und Wahlbündnisse abschließen. Und das wollen wir nicht, weil es, abgesehen von dem Prinzip, ein taktischer Fehler wäre. Heute bei der Landtagswahl mit Parteien Arm in Arm gehen, die wir morgen bei der Reichstagswahl bekämpfen müssen, das hieße unsere Wähler verwirren und demoralisiren. Sie ließen es sich auch nicht gefallen. Die Sozialdemokraten sind keine Hämmer. —

Wozu die Cholera dienen muß! Die „Kreuz-Zeitung“, der die Freizügigkeit längst ein Dorn im Auge ist, braucht jetzt auch die Cholera als Kampfmittel gegen die Freizügigkeit. Weil wir kein „Seuchengesetz“ haben, weil verschiedene Behörden ganz kopflos geworden sind, und mit den Gesetzen umspringen, als wenn sie gar nicht für sie vorhanden sind, deshalb muß die Freizügigkeit abgeschafft werden! Es ist dieselbe Logik, die der Kreuzzeitungs-Junker Graf Pfeil hatte, als er im Jahre 1855 für Beseitigung der Verantwortlichkeit der die Polizeigewalt ausübenden Gutsbesitzer sprach. Er führte aus, daß wenn diese Verantwortlichkeit gelten sollte, er selbst schon hätte ins Zuchthaus kommen müssen. Da es aber doch undenkbar sei, daß ein hochgeborener Graf ins Zuchthaus komme, müsse das Gesetz beseitigt werden. In Kreuzzeitungs-Mitteln ist jedes Mittel Recht, um für ihre reaktionären Gelüste Kapital zu schlagen. —

Selbsterkenntniß geht doch über Alles! Eine wesentliche Stärke der Arbeiterpresse besteht bekanntlich darin, daß wir uns nicht scheuen, ein Kind beim rechten Namen zu nennen, und daß es „Sperlingsblätter“ in unseren Reihen nicht giebt. Das hat uns von jeher auch die Sympathie derjenigen Unterdrückten verschafft, die noch nicht auf unserm Parteistandpunkt stehen, aber durch die richthaltige Art, mit welcher die Arbeiterpresse alle Mißstände bespricht, veranlaßt werden, uns näher zu treten. Dem gegenüber steht die erbärmliche Leisetreterei der bürgerlichen Presse in großen und kleinen Dingen. Und diese Erbärmlichkeit ist jetzt so groß geworden, daß offene Elemente im eigenen Lager der Bourgeoisie anfangen, gegen dieses Freßgebahren zu rebelliren. So wird der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Demokratischen Correspondenz“ aus Süddeutschland geschrieben: „Johann Jacoby sprach einst das Wort: Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Heute können wir diesen Ausspruch dahin ändern: Es ist das Unglück der Könige, daß ihnen nicht die Wahrheit gesagt wird. In den heutigen liberalen Organen der Presse, diese haben wir vornehmlich im Auge, steckt nicht mehr die Wucht der Ueberzeugung, die ihren Vorgängern das gewaltige Schwergewicht, den unwiderstehlichen Nachdruck gab. Hier ist

jetzt die Thür sich öffnen müsse, um dem Theuren Einlaß zu gewähren. Zu diesem Zwecke mußte ich aber träumen, daß ich die Augen halb offen hielt. Es war mir eine Anstrengung dies zu erzwingen, aber es gelang — linienbreit hob ich die Lider und — — —

„Und da war es, das ersehnte, das beglückende Bild: Friedrich, mein geliebter Friedrich auf der Schwelle. . . Laut aufschluchzend und das Gesicht mit beiden Händen bedeckend, fuhr ich aus meinem traumhaften Zustand auf. Mit einem Schlag war es mir klar geworden, daß dies nur eine Halluzination gewesen, und das himmelshelle Glücklicht, welches von diesem Wahnbild ausgeflohen, ließ mich die höllensfinstere Nacht meines Unglücks nun desto schwärzer erscheinen.“

„O mein Friedrich — mein Verlorener!“ stöhnte ich.
„Martha, Weib —!“
Was war das? Eine wirkliche Stimme — die seine — und wirkliche Arme, die mich stürmisch umfingen. . . Es war kein Traum: ich lag an meines Mannes Herzen.

Wie in der letzten Abschiedsstunde unser Schmerz sich mehr in Thränen und Klagen, denn in Worten äußert hatte — so auch unser Glück in dieser Wiedersehensstunde. Daß man vor Freude wahnsinnig werden kann, ich fühlte es deutlich, als ich den Verlorengeglaubten wieder fest hielt, als ich schluchzend und lachend und erregungszitternd immer wieder den theuren Kopf mit beiden Händen faßte, um ihm Stirn und Augen und Mund zu küssen, unverständliche Worte stammelnd. . .

Auf meinen ersten Jubelschrei war Tante Marie aus dem Nebenzimmer herbeigerückt. Auch sie hatte von Friedrichs Rückkunft keine Ahnung gehabt und bei seinem Anblick ließ sie sich mit einem lauten „Jesus, Maria und Joseph!“ auf den nächsten Sessel fallen.

Es dauerte lange, bis der erste Freudentaumel sich genug gelegt hatte, um gegenseitigen Fragen und Gegenfragen, Mittheilungen und Berichten Raum zu lassen. Dann erzählten wir, daß Friedrich in einem Bauernhause liegen geblieben war, während sein Regiment weiter gezogen. Die Wunde war keine schwere gewesen, dennoch hatte er meh-

darum der Hebel zur Besserung einzusetzen. Dem welchen Eindruck macht es auf die Allgemeinheit, wenn ein großes hauptstädtisches Blatt den Antisemitismus auf das Heftigste bekämpft, zugleich aber es als „einfach“ unmöglich hinstellt, daß etwa gar ein zufällig als Jude geborener Publizist in seinem Redaktionsstabe eine maßgebende Stellung einnimmt. Welchen Eindruck macht es auf die Besamtheit, wenn ein anderes hauptstädtisches liberales Organ im politischen Theile auf's Schärfste eine Regierungsmahregel angreift und im lokalen Abschnitt derselben Nummer vor den Lachstiefeln des Mannes in Demuth erstirbt, von dem die auf erster Seite des Blattes bekämpfte Mahregel ausgeht. Widerlich und Ekel erregend geradezu wirkt aber in fast allen hauptstädtischen liberalen Organen die Art und Weise, in der sogenannte an höchster und allerhöchster Stelle gefallene „Bonmots“ angestaunt und weiter verbreitet werden. Was muß aber eine derartige Publizistik an höchster Stelle unzweifelhaft wirken und zeitigen? Verachtung! Und deshalb: Örum mit der Deichsel! Das deutsche Volk ist müd geworden. Deshalb genügt es nicht, wenn sich liberale Zeitungen aus Anlaß kaiserlicher Sentenzen wie: „Ich allein bin der Herr“ — „Hoc volo, sic jubeo (das will ich, so befehle ich)“ — „Regis voluntas suprema lex“ (des Königs Wille das oberste Gesetz) — mit der Hiebendwendung abfinden: „Wir können dergleichen nicht glauben, bis eine amtliche Bestätigung erfolgt“ oder wie die betreffenden Phrasen sonst lauten. Nein, die wirklich liberale Presse wird auch dem Kaiser gegenüber darauf hinweisen müssen, daß dergleichen Aussprüche von einem Manne vorgebracht, immerhin von einer gut angewandten Jugend, von einem vorzüglichen Gedächtniß für klassische Zitate zeugen, — daß sie aber nun und nimmer in unser heutiges Leben überseht werden können.“ Gut gekräftigt, süddeutscher Löwe! Nur kommen Deine Mahnungen verschiedene Posttage zu spät! Deine eigenen Sätze sind der Beweis dafür, daß sich das Uebel schon zu tief eingegriffen hat. Warum nennst du die „großen hauptstädtischen Blätter“, für die in der That jeder ehrliche Mensch nichts als „Verachtung“, tiefste Verachtung hat, nicht mit Namen? Die Korruption ist eben schon so weit vorgeschritten, daß auch die Ehrlichen im Bourgeoislager bereits unter ihrem Banne stehen. Da helfen keine moralischen Mahnungen mehr; eine ungesunde wirtschaftliche Unterlage muß eine korrupte Presse erzeugen und wird sie so lange haben, bis eine gesunde Gesellschaft die Oberhand erlangt hat. Das beweist auch dieses Zeichen der bürgerlichen Selbsterkenntniß wieder! —

Aus dem Reiche des Herrn Thielen. Der hannoversche „Volkswille“ (Nr. 219 vom 18. d. M.) ist wiederum in der Lage, einen autographischen Zettel des k. u. k. preussischen Eisenbahn-Betriebsamts Hannover-Meine, welcher sozialdemokratische Arbeiter in Verurtheilung zu veröffentlichen. Ausgestellt ist der Zettel am 28. März 1890, also zu einer Zeit, als schon kein Zweifel mehr darüber bestand, daß das Bismarck'sche System und das Ausnahmegesetz verschwinden mußten. In Hannover hielt man aber noch jah an der Verurtheilung fest. Hier der Inhalt derselben. (Die Familiennamen der Arbeiter geben wir nur durch die Anfangsbuchstaben wieder; sie sind auf der Verurtheilung selbstverständlich ausgeschrieben.)

Hannover, den 28. März 1890.
Geheln
Eing. den 7 März
Nr. 182 L.
Der Schlosser August P. zu Arnberg, geboren den 25. Februar 1853, und der aus der holländischen Burgsolms beschäftigt gewesene Arbeiter Wilhelm B., geboren den 20. September 1869, sind wegen Betheiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen aus der bisherigen Beschäftigung entlassen.
Die Vorgenannten sind im Falle etwaiger Meldung nicht in Beschäftigung zu nehmen.
Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.
(Hannover-Meine.)
Maret.
An
sämmliche Herren Dienststellen
Vorstände und Bahnmänner
Nr. 104 S. I. (je besonders.)
So reiten die Leiter der staatlichen Musteranstalten im Schweiße ihres Angesichts den Staat. —

vere Tage bewußtlos im Fieber gelegen. Briefe waren ihm in letzter Zeit keine gekommen, und es war auch nicht möglich gewesen, solche abzuschicken. Als er genesen, da war der Waffenstillstand bereits erklärt und eigentlich der Krieg zu Ende. Nichts hinderte ihn, nach Hause zu eilen. Jetzt schrieb und telegraphierte er nicht mehr und reiste Tag und Nacht, um so schnell als möglich anzukommen. Ob ich noch am Leben, ob ich außer Gefahr war — das wußte er nicht. Er wollte sich auch gar nicht darum erkundigen — nur hin, nur hin, ohne eine Stunde zu verlieren und ohne seiner Heimfahrt etwa die Hoffnung abzuschneiden, daß er sein Liebste wiederfindet. . . Und diese Hoffnung ward nicht getäuscht: jetzt hatte er sein Liebste wiedergefunden: gerettet und selig — über die Wägen selig. . .

Wald übersiedelten wir Alle nach meines Vaters Landsh-Friedrich hatte zur Herstellung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub erhalten, und die ihm vom Arzt verordneten Mittel: Ruhe und gute Luft, konnte er am besten bei uns in Grumitz finden.

Das war ein glücklicher Nachsommer. . . Ich erinnere mich keines Zeitabschnittes in meinem Leben, der schöner gewesen wäre. Die endliche Vereinigung mit einem lang ersehnten Geliebten mag wohl unendlich herrlich sein; aber fast noch süßer will mir die Wiedervereinigung mit einem schon halb Verlorengegebenen scheinen. Wenn ich mich für einen Moment in das Angstgefühl zurück versetze, welches mich vor Friedrichs Rückkunft erfüllte, oder mir die Bilder herauf beschwor, welche meine Fiebernächte gequält hatten — Friedrich, allerlei Todesqual erleidend — und mich dann an seinem Anblick weidete, so jubelte mir das Herz. Ich hatte ihn jetzt noch lieber, noch hundertmal lieber, den wiederverlangten Gatten, und ich empfand seinen Besitz als einen immer anwachsenden Reichtum. Schon hatte ich mich für eine Bettlerin gehalten — und jetzt: — die Freudenmillion war mein!

(Fortsetzung folgt.)

Ein Offiziosus thut den Anderen ab! Die Kritik, welche wir an den Quackalberneien geübt haben, welche die Berliner Politischen Nachrichten als in Vorbereitung begriffene geistgeberische Maßnahmen für das Handwerk anpreisen zu sollen glaubten, hat eine sehr hübsche Wirkung erzielt. Der ungeschickte Offiziosus der Berliner Politischen Nachrichten, dessen Unwissenheit man sich in maßgebenden Kreisen nachträglich zu schämen scheint, wird nach Bekanntwerden unserer Kritik von einem anderen Offiziosus, demjenigen der „Magdeburger Zeitung“, wie folgt abgethan:

„Bezüglich der zu erwartenden Schritte der Reichsregierung auf dem Gebiete der Handwerkerfrage“ wird von unterrichteter Seite gerathen, alle Nachrichten, auch solche, die gewohnheitsmäßig für „offiziös“ gehalten werden, mit Vorsicht aufzunehmen. Bislang sei noch nichts beschlossen. Erörterungen und Beschlüsse der Regierung würden sich lediglich in der von dem Staatssekretär des Innern, von Bötticher, im Reichstage bezeichneten Richtung bewegen. Alles Weitere beruhe auf einseitigen Wünschen und Illusionen.“

Das genügt uns vorläufig, wenn wir auch von den endgültigen Erörterungen und Beschlüssen“ bl utwenig Scheidtes erwarten. —

Birchow und das offizielle Rußland. Nachdem wir Herrn Birchow für seinen in der „Nation“ auf Väterchen angefügten Lobgesang („Vorwärts“ Nr. 219 vom 18. September) haben Spiekruthen laufen lassen, ergreift nun auch die „Kreuzzeitung“ wieder das Wort und fertigt den Berliner Universitätsrektor, den seine eifrig verzierten demokratischen Freunde schon in Wabelstrümpfen und geschmückt mit einem Orden, dem pour le mérite, bei Hofe sehen, gründlich ab. Sie schreibt (Nr. 440 vom 20. d.) zum Schluß: „Schon Lessing hat gesagt, der Charakter der Deutschen scheint zu sein, daß sie keinen hätten, und wenn man Kundgebungen wie diese letzten ansieht, fühlt man sich allerdings versucht, ihm auch heute noch Recht zu geben.“ Um so beglückter wird der neue russische Finanzminister Witte über die rosenrothen Bilder sein, die Herr Birchow malt von den — Potemkin'schen Dörfern. Wenn nun die nächste Anleihe nicht glückt, dann ist kein Deutscher mehr werth, in Rußland mit „orientalischer Gastlichkeit“ düpiert zu werden. —

Mißgeschick beim „Dekorieren“. Wie eine Humoreske in zwölf Zeilen liest sich folgende Notiz über eine verunglückte Ordensverleihung, welche die liebe „Vossische Zeitung“ dieser Tage brachte: „In der heutigen Morgennummer theilten wir mit, daß dem Stadtbaurath Blankenstein und einem der städtischen Bau-Inspektoren italienische Orden verliehen seien. Hierzu erfahren wir zuverlässig, daß in Bezug auf den Bau-Inspektor ein Irrthum oder eine Namensverwechslung vorliegen müsse. Den Anlaß zu dieser Anzeichnung habe jedenfalls die Ausschmückung der Straßen und namentlich der Schlossbrücke bei Gelegenheit des letzten Besuchs des Königs Humbert gegeben. An dieser sei aber der heute früh von uns genannte Herr in keiner Weise, wohl aber ein anderer Bau-Inspektor mit angestrengter Thätigkeit theilhaft gewesen und offenbar sei diesem der Orden zugetheilt worden.“ Der jamose italienische Orden ist also einem Bau-Inspektor ins Knopfloch geslogen, der sich nicht das geringste Verdienst um die „sympathische“ Aufnahme des Königs Humbert in Berlin erworben hat, und der „verdienstvolle“ Mann ist leer ausgegangen. Schrecklich, schrecklich! Wenn die Ordensdekorationen auch noch anfangen, auf diese Weise „Unzufriedene“ zu schaffen, so blüht ja der Weizen der „Unfurzparteien“ immer üppiger. Selbst die Gräbe zur ordentlichen Vertheilung von Sternen und Bändern scheint in Höllingskreisen ausgegangen zu sein. —

Eine ganz unhaltbare Entscheidung in Unfallsachen veröffentlicht soeben der „Reichs-Anzeiger“ aus der neuesten Sprachpraxis des Reichs-Versicherungsamts. Sie betrifft folgenden Fall. Ein Arbeiter hatte sich durch einen Betriebsunfall eine Fußwunde zugezogen und wurde in seiner Wohnung ärztlich behandelt. Während der Behandlung trat ein Magenkatarrh ein, gegen welchen der Arzt eine Arznei verordnete. Ein achtjähriges Kind des Arbeiters verwechselte die Medizinflaschen und reichte dem Kranken die mit Karbol für die Fußwunde gefüllte Flasche. Der Kranke leerte diese Flasche theilweise und hatte die dadurch verursachten inneren Verletzungen den Tod desselben zur Folge. Der Entschädigungsanspruch der Hinterbliebenen ist zurückgewiesen worden, da die Ursache für den tödtlichen Verlauf die Verwechslung der Heilmittel bilde und dieser in dem Unfälle und seinen unmittelbaren oder mittelbaren Folgen in keiner erkennbaren Weise seinen Grund hatte, wie es etwa dann angenommen werden könnte, wenn der Verletzte im Fieberdelirium die Arzneien verwechselt hätte.“ So weit der „Reichs-Anzeiger“ nach dem Urtheil des Reichs-Versicherungsamts. In diesem Urtheil vermischen wir sehr schmerzlich die Unbefangenheit und das Verständnis für die Arbeiterlage, welche die Bescheide des Amtes sonst vorthelhaft auszeichnen. Wenn der betreffende Arbeiter infolge des Unfalls Fieberdelirium bekommen und während desselben die Arznei verwechselt hätte, so hätte die Behörde den Hinterbliebenen eine Entschädigung zuerkannt. Wenn aber die unzureichende Pflege des kranken Arbeiters in seiner elenden Wohnung durch ein unmündiges, achtjähriges Kind die Verwechslung herbeiführt, so soll die Entschädigung verweigert werden? Die unzureichende Pflege durch ein kleines Kind ist doch eine Sache, die der Arbeiter beim besten Willen nicht zu ändern vermochte. Wahrscheinlich mußten Mutter und etwa vorhandene ältere Geschwister der Arbeit für irgend einen Unternehm mer frohnen, während der Kranke daselbst der Obhut des noch nicht arbeitsfähigen Kindes überlassen war. Sollen die Zufälle, die sich aus dieser unglücklichen Lage des Arbeiters ergeben, von Einfluß auf die Gewährung oder Nichtgewährung einer Unfallrente sein, so muß die betreffende Berufsgenossenschaft sie vorher ins Auge fassen und für ordentliche Pflege des Arbeiters sorgen. Nicht aber kann sie dies unterlassen und dann hinterher aus dieser Unterlassung auch noch Nutzen ziehen wollen. Insofern, als die betreffende Berufsgenossenschaft den Arbeiter trotz seines Unfalls und seiner später hinzugekommenen Beschwerden in so schlechter Pflege ließ, hat der tödtliche Verlauf der Krankheit unseres Grachtens allerdings einen Grund in der mittelbaren Folge des Unfalls.“

Und die Lage der ihres Ernährers auf so traurige Weise beraubten Familie ist noch entsetzlicher, als wenn der Mann sofort an den Folgen des Unfalls gestorben wäre. Hier ist wieder einmal höchstes Recht höchstes Unrecht. Am Bescheide des Reichs-Versicherungsamtes läßt sich nichts mehr ändern, er ist endgiltig. In Gesetz und Verwaltung der Unfallversicherung müssen aber sofort Vorkehrungen gesucht werden, die solche schreiende Fälle nicht wieder vorkommen lassen. —

Ultramarisch-ultramontane Schacherpolitik. Das klerikale „Bayerische Vaterland“ (Nr. 218 vom 20. d. M.) schreibt über Dr. Orterer, den redeliebigen ultramontanen Reichstags- und bayerischen Landtags-Abgeordneten: „Die Beförderung des Oberpatriotenhauptlings Dr. Orterer zum Gymnasialrektor in Eichstätt ist erfolgt. Also wieder Einer von den Patrioten“, dem das Mandat Glück gebracht, bezw., um mit Herrn von Lutz zu reden, die heißersehnte „erledigte Schusterkonzession“ eingebracht hat! Dr. Orterer ist zwar noch lange nicht an der Reihe zu dieser Beförderung, abgesehen, daß er Jahre lang auf den Parla ment s b u m e l verwendete und sein Amt, für das er bezahlt war, Amt sein ließ, um sich noch mal und doppelt bezahlen zu lassen und so die Geldmacherei mit System und Methode betrieb, auch wurde seine Klasse stets als die schlechteste gerühmt: aber Herr Minister v. Müller wird schon wissen, warum er diese Handvoll Menschheit auf den Leuchter eines Gymnasialrektors stellt, und wir — können es uns denken! Der eine dieser biedern Kammerpatrioten kriegt dies, der andere kriegt das, ein Jeder kriegt was anders, aber Jeder kriegt was!“ Da ist's eine Lust, Kammerpatriot zu sein, denn es rentirt sich wirklich nicht schlecht!“ —

Innungs-Egoismus. Die Herren Innungsmeister nuzhen bekanntlich die ihnen ertheilten Privilegien dazu aus, die Preise in die Höhe zu treiben und das Publikum zu beschwindeln. Und warum auch nicht? Die Agrarier und Schutzöllner, welche die Innungen schufen, machen es ja ebenso, und warum soll den Kleinen verboten sein, was den Großen erlaubt ist? Das ist also ganz in der Ordnung. Die „Kreuzzeitung“, der manchmal Lugendanwandlerungen kommen, fand sich aber vor einigen Tagen bemüht, den Innungen ob ihres „Egoismus“ eine Strafpredigt zu halten unter Beibringung einiger krasser Beispiele von künstlicher Brot- und Fleischvertheuerung. Was Herr Stöcker zu dieser — Indiskretion der „Kreuzzeitung“ wohl sagen wird? Der Wahrheit die Ehre geben — welches Verbrechen, wie — — unästhetisch! —

England. Die sozialdemokratische Föderation hat vorigen Sonntag den Beschluß gefaßt, Sonntag, den 18. November, unter allen Umständen auf Trafalgar-square eine Volksversammlung abzuhalten. Man stand davon ab, vorher mit der Regierung zu unterhandeln. Diese ist nun in großer Verlegenheit, denn sie will mit bekanntem Liberalismus das Recht des Volkes, auf öffentlichen Plätzen sich zu versammeln, nicht anerkennen, und der neue Minister des Innern, Herr Asquith, hat früher, nach der Sprengung des Meetings vom 18. November 1887, als Vertheidiger des damals verhafteten Cunninghams Graham, das Recht des Volkes so nachdrücklich vertheidigt, daß es ihm nicht leicht sein wird, ein Verbot mit seinem damaligen Auftreten in Harmonie zu bringen. Indeß was bringt eine liberale Mammesseele nicht fertig?

Aus London wird telegraphirt: Montag, 19. September. In einer von etwa 50 000 Personen besuchten Versammlung des Vereins der Grubenarbeiter von Nord-Wales wurden mehrere Resolutionen zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages und der Ernennung eines Arbeitsministers angenommen. —

Ein französischer Gewerkschaftskongreß tagt jetzt in Marseille. Demselben wird sich am Sonnabend der sozialistische Parteikongreß anschließen.

Aus Marseille wird heute (20.) telegraphirt: Der Bürgermeister und die sozialistischen Gemeinderäthe empfangen freudlich die Abordnungen der übrigen durch sozialistische Gemeinderäthe vertretenen Städte Frankreichs zum Gewerkschaftskongreß. Der Bürgermeister erklärte, die moderne Gesellschaft, Handel, Industrie und Kunst seien vollständig von der Energie und der Intelligenz sowie dem guten Willen der Handarbeiter abhängig. Marseille stehe vollständig zur Verfügung der übrigen sozialistischen Vertretungen; er hoffe, daß eine gemeinsame Verhandlung der sozialistischen Gemeinderäthe Frankreichs die Lösung der Arbeiterfrage beschleunige. —

Französisches. Aus den nordfranzösischen Grubenbezirken, seit einiger Zeit der Schauplatz bebauerlicher Konflikte zwischen französischen und belgischen Grubenleuten — jene hatten sich gegen die von den französischen Grubenbaronen der Schmutzkonzurrenz halber eingeführten Belgier gewendet — kommt die nachstehende Mittheilung: Liévin, 19. September. Die Belgier verlassen in großer Zahl das französische Grenzgebiet. Diese Woche räumten die Belgier 150 Wohnhäuser. Ueberall werden in den Bergwerken Franzosen dafür eingestellt. —

Beweise, Beweise! Der Pariser Boulangist und Antisemit Drumont, neulich vom Gericht als Verleumder bestraft, behauptet jetzt, „einer seiner Freunde habe den gefälschten Beweis dafür in Händen gehabt, daß ein bekannter Politiker von der Panama-Kompagnie 800 000 Francs zu Bestechungszwecken erhalten habe“. Der Freund des Herrn Drumont hat leider den schriftlichen Beweis „aus den Händen gegeben“, und der arme Drumont wird nun wieder einmal von der Pariser Presse als gemeiner Verleumder behandelt. Sonderbarer Weise wundert er sich darüber. —

Die spanischen Sozialdemokraten. Auf dem Kongreß der spanischen Arbeiterpartei — zu Valencia — wurde die Beschickung des internationalen Züricher Kongresses beschlossen. Das Delegirtenmandat erklärt sich für Aufrechterhaltung des Ausschusses der Anarchisten („aller anarchistischen Elemente“); Bekämpfung jedes Vorschlages eines Generalstreiks, und — wenn irgend möglich — Gründung eines internationalen sozialistischen Organs. Die scharfe Fassung des ersten Punktes darf nicht Wunder nehmen, denn in Spanien ist der „Anarchismus“ einmal an der Arbeit gewesen und hat die revolutionäre Bewegung des Proletariats so gründlich verdorben und den Bourgeoispartei in die Hände geliefert, daß die spanischen Arbeiter für alle Zeiten genug daran haben. —

Allerlei Russisches. Der „Diennil Boznanski“ (siehe „Kreuzzeitung“ Nr. 439 vom 20. d.) meldet aus Warschau den russisch-polnischen Hauptstadt: „Zwischen dem Korpskommandeur Swistunow und dem Divisions-Kavallerie-General Risenkamps kam es zu einem skandalösen Austritt, als Ersterer dem Zweiten beim Rapport Lodierung der Disziplin seiner Division vorwarf und ihm die Nachscheidung seiner Verletzung aus Warschau anrieth. Letzterer wies dieses Ansuchen energisch zurück; als Swistunow ihm Strafe androhte, zog Risenkamps seinen Revolver und bogann den Korpskommandeur mit Kolbenstößen zu traktieren. Die Dienerschaft fesselte Risenkamps, dem Swistunow zahlreiche Fußstöße versetzte. Auf telegraphische Meldung an den Zaren erging die Antwort: Der General Risenkamps verrieth immer große Nervenzerrüttung, ist in einer Irrenanstalt unterzubringen, General Swistunow vor ein Kriegsgericht zu stellen. In Warschau erregt der Vorfall großes Aufsehen.“ Weiter! Fürst Karl Radziwill soll, wie das „Berliner Tageblatt“ aus Lody meldet, einem schweren Gemüthsleiden verfallen sein. „Auf einer Reise, die derselbe mit dem General von Werder, einer Einladung des Zaren folgend, nach Spala zur Hofjagd antrat, habe der Fürst am Sonntag früh mit einer Doppelflinte und zwei Revolvern von dem Fenster seines Zimmers im Hotel zu Lody auf Alles, was sich dort auf dem Hofe bliden ließ, gefeuert und zwei Hotelbedienten schwer verwundet. Da sich Niemand in seine Nähe wagte, wurde die Feuerwehre requirirt, und als die Ueberschüttung des Fürsten mit kalten Strahlen gleichfalls nicht zu seiner Beruhigung beitrug, mußte die Hilfe des Militärs in Anspruch genommen werden, dem es erst nach langem Bemühen gelang, ihn zu überwältigen und zu fesseln.“ — Der Jar hat Unflath mit seinen Heerführern, Glück mit seinen Jagdhasen. Was den Terroristen bei Vorklismiplungen ist, hätte bei Spala dem irrthümlichen Radziwill gelingen können. Ein schwerer Schlag für „Väterchen“, für das offizielle Rußland und seine Verehrer! — Den Londoner „Daily News“ (siehe „Frankfurter Zeitung“ Nr. 263 vom 19. September) wird aus Rußland gemeldet, daß nach einem amtlichen Berichte des Gouverneurs von Turkestan in dem genannten Gouvernement 1800 Personen der schwarzen Bevölkerung erlegen sind. Eine weitere Ausbreitung der Seuche werde jedoch nicht befürchtet. —

Nordamerikanische Klassenjustiz. Der Anarchist Bergmann, welcher während des Streiks der Arbeiter der Hüttenwerke in Homestead am 23. Juli cr. auf den Intendanten der Carnegie'schen Gesellschaft, Fried, geschossen hatte, wurde zu 21 Jahren Gefängniß und einem Jahre Zwangsarbeit verurtheilt. Jrgend ein blutgerstlicher Revolverheld wäre besser weggekommen mit oder ohne Bestechung der Geschworenen. So entschiedene Gegner des Anarchismus wir sind, es ist klar, daß hier der Arbeiter, der aus Empörung über die ausgepörrten und niedergethretenen Hüttenleute sich an einem Schinder vergriff, deshalb so hart angefaßt wird, weil er für die Arbeiter eintrat. Die schuftigen Pinkerton's erhalten von Uncle Sam die Bürgerkrone. —

Wieder afrikanische Giobbsposten. Die zur Erforschung des Kongogebiets ausgesandte Expedition Hodister ist vollständig ausgerieben worden, und noch sonstige Niederlagen werden gemeldet. Gleichzeitig auch ein Sieg — der Expedition Kerhoven in Wadelai. Die „Steger“ haben für etliche Millionen Mark Eisenblei „eingesammelt“, das heißt gestohlen. Die Eingeborenen und Araber lassen sich das natürlich nicht gefallen, und nächstens wird der Zivilisator Kerhoven das Schicksal seines Kollegen Hodister theilen. Und von Rechtswegen. Kerhoven ist der slämische Ausdruck für Kirchhof — und dieser Name wäre sehr passend für den „dunkelen Erdtheil“. —

Kommunales.

Wähler des 15., 25. und 26. Berliner Kommunalwahlbezirks!

Am 27. September cr. findet die Erziehung für die aus- geschiedenen Stadtverordneten Tuhauer, Sabor und Höhne statt. Es ist Eure Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß diese Bezirke auch ferner von Sozialdemokraten vertreten sind. Thue deshalb ein Jeder seine Pflicht, sowohl in der vorhergehenden Agitation als auch am Tage der Wahl.

Als Kandidaten sind folgende Parteigenossen aufgestellt:

Für den 15. Bezirk:
Theodor Meßner, Schuhmachermeister, Raunynstr. 72.
Für den 25. Bezirk:
Julius Wernan, Schankwirth, Rosenstr. 30.
Für den 26. Bezirk:
Bernhard Bruns, Tischler, Wangelstr. 61/62.
Die Wahlbezirke erstrecken sich über folgende Straßen:
Der 15. Bezirk:
Mariannen-Ufer, Bethanien-Ufer, Elisabeth-Ufer Nr. 87 bis 89, Raunynstr. 2-58, 60-80, Waldemarstr. 28-61, Adalbertstr. 18-23, 67-84, Mariannen-Platz Nr. 1-6a, Mariannenstr. 1-11, 43-53, Mantruffstr. 42, Oranienstr. 1-26, 180-205, Stalherstr. 121, Heinrichs-Platz.

Der 25. Bezirk:
Koppenstr. 1-7, 40, 57-94, Stralauer Platz 1-23, 29-35, Mühlenstraße, Warschauerstraße, Vor dem Stralauer Thor, Warfgrasendamm, Fruchtstr. 1-10, 23-38, 49-65, 81-86, Rüdenborferstr. 84-70, Königsbergerstraße, Posenerstraße, Memelerstraße, Brombergerstraße, Gubenerstraße, Forchagenerstraße, Graudenerstraße, Straße am Schlessischen Bahnhof.

Der 26. Bezirk:
Friedenstr. 32-96, Fruchtstr. 39-48, Koppenstr. 41-43, Große Frankfurterstr. 1-19, 127-146, Straußbergerstr. 1-9, 35-52, Friedrichsbergerstr. 1-14, 18-27, Distelmayerstraße, Straße 42 45 und 58, Frankfurter Ufer 1-150, Weidenweg, Thierstraße, Petersburgerstraße, Möglinerstraße, Listerstraße, Ebnauerstraße, Eldenaerstraße, Proslauerstraße, Eldingerstraße, Langenbeckstraße, Landsberger Allee, Matthiopsstraße, Berliner Weg, Birchowstraße, Choteniusstraße, Eldingerstraße, Olivaerstraße, Thorneerstraße, Pallisadenstr. 39-65, 68, 89, Landsberger Platz 1-5.

Die Wählerlisten sind bei folgenden Genossen einzusehen:
15. Bezirk:
Fritz Zubeil, Raunynstr. 84.
25. Bezirk:
Gustav Tempel, Langestr. 65.
26. Bezirk:
Otto Zabel, Frankfurter Ufer 90.
Das Komitee.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 21. September.

Spernhaus. Die Tochter des Regiments. — Das schlecht bewachte Mädchen.

Schauspielhaus. Donna Diana.

Lesung-Theater. Der Lebemann.

Deutsches Theater. Clavigo.

Berliner Theater. Die Jungfrau von Orléans.

Walner-Theater. Misa. Vorher: Die Geschwister.

Avoll's Theater. Jar und Zimmermann.

Sellekianze-Theater. Fidelio.

Residenz-Theater. Madame Monodin.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das Mädchen von Elifonzo. — Dorothea. — Der Ehemann vor der Thür.

Thomas-Theater. Onkel Bräsig.

Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.

Alexanderplatz-Theater. Das Versprechen hinter'm Herd. — Tannhäuser.

Ostend-Theater. Die Camelliebdame.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Saunemann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Erbrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.
Gesangssoppe in 3 Akten von L. Trostow.
Compiés von G. Odess. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkemeyer in Coburg.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Das
Versprechen hinter'm Herd.
Hierauf:
Tannhäuser.
Große Ausstattung- u. Gesangs-Posse.
Anfang um 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Mit Selina, die singende Luise, Gruppe Leopard, Kraft u. Bahnproduktionen a. d. Ringen, Aisera-Gruppe, Parterie-Krobaten, Mr. Clermont, m. f. dress. Esel, Schweinen, Bären u. Garretton-Gruppe, Orcestr. Krobaten, Graunau und Seefeld, Wiener Duettisten, Germ. Schulte, Gesangs-Humorist.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 8 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Passage-Panoptikum.
Fuß!!
9 ein Riesen-Rind!!!
Ohne Extra-Entrées.
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Viktoria-Brauerei.
Lühow-Strasse 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal.
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Wochentagsbilletts à 40 Pfg. (S. Plakate).
Zitherlager, Saiten, Dresdenerstrasse 98.

Egyptische Ausstellung.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.

Geöffnet von Morgens 10 Uhr an.

Grosses Konzert von 3 1/2 Uhr an.

Vorführung der Karawane Nachmittags 4 1/2 und 7 Uhr.

Für Krankenkassen: Heberzettel, Mitgliedsbücher, sowie sämtliche Kassendbücher, vorchriftsmäßig, Statuten u. sämtliche Drucksachen, liefert die Buchdruckerei von Maurer & Dimmick, Elisabethufer 55.

Elegante Einsegnungs-Anzüge

in blauen u. schwarzen Stoffen und Kammgarnen zu billigsten Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 139.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Buchbaum; Büchermöbel in großer Auswahl empfiehlt 1726L Berlin S.O., Franz Tutzauer, Köpnickstr. 25.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippenadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen, Güten. En gros. En détail. 2274 L B. Günzel, jetzt Kothringerstr. 53, am Rosenthaler Thor.

Lehranstalt für Damenschneiderei

von Frau Hoffmann, Modistin, Cuvrystr. 40.
Ausbildung in der eleganten Damenschneiderei, Modellzeichnen, Zuschneiden. Für Schneiderinnen: Kursus 1-2 Wochen 10-15 Mark. Anfängerinnen: 10 bis 12 Wochen 30 M., unbeschränkte kostenlose Kostümanfertigung für Schülerinnen. Schnell- und Abendkurse nach Wunsch. 2062

Berlin S.O. **A. Schulz,** Berlin S.O.
Nr. 5. Reichenberger-Strasse Nr. 5.
Möbel- u. Polsterwaaren-Fabrik.
Anerkannt gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Coulaute Bedingungen.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Draniensstr. 55 (Koritzplatz).
Sprechst. 8-1, 3-5. Poliklinik f. Unbemitt. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 M.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse 2.
Soeben erschien:
Heft 26
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsspediteure und Kolporteurs entgegen.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstrasse 77-79.
Täglich:
Antr. d. Germania-Konzert- u. Complet-Sänger.
(Damen u. Herren.)
Wochentag frei. Sonntag Entree 50 Pfg.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch,
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen.
sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Moabiters Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pfg.
Hellmuth Peters.

Philipp's Festsäle (früher Stein)
Rosenthalerstr. 88. Fernspr. A. 3 Nr. 190
empf. seine Säle zu Festlichkeiten
elegantesten Hochzeit, Ball, Kommerz etc. mit u. ohne Bühne. Gleichzeitig empfehle meinen vorzögl. Mittagstisch zu kleinen Preisen.
Vorzügliche Abendkarte.

Charlottenburg.
Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Saurisch-Sterilokal. Gute Speisen u. Getränke.
Adolf Sasse, Pestalozzistr. 83.

Großes Vereinszimmer m. Pian., 40 Pers. fass., einige Tage zu vergeben.
2078b] E. Siegemund, Eisenbahnstr. 20.

Verein zur Wahrung der Interessen der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen Berlins u. Umg.
Versammlung
am Sonnabend, 24. Sept., Ab. 8 Uhr, i. Rest. Kuhlman, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Zerk, über: Die moderne Poesie und die Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 406/8
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.
Des interessanten Vortrages wegen bittet um recht zahlreiches u. pünktliches Erscheinen **Der Vorstand.**

Möbel, Spiegel, u. Polsterwaaren,
sowie ganze Ausstattungen, empfiehlt
H. Strelow, Rixdorf,
Berliner Strasse 40, am Denkmal

Elegante Herren- und Einsegnungs-Anzüge, sowie Damenskloider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung. 2991L
Oranienstr. 126, I.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Achtung! Achtung!

Weberstreif! Rixdorf!

Dieser Arbeiter, welche noch Listen und darauf gesammelte Gelder vom Weberstreif in Rixdorf in Händen haben, werden aufgefordert, unbedingt bis zum **1. Oktober d. J.** abzurufen, resp. die leeren Listen an den Unterzeichneten abzuliefern. — Im anderen Falle werden die Namen der Betroffenen durch den „Vorwärts“ der Öffentlichkeit übergeben und behält sich Unterzeichneter noch weitere Schritte vor. 2075b
J. A.: C. Kellner, Kassierer, Rixdorf, Zietzenstr. 66.
Ferner bitte ich sämtliche Arbeiterblätter diese Veröffentlichung abzu drucken.

Achtung! Mauer und Buzer! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 25. September, Vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstrasse 20.
Tages-Ordnung: 182/6
1. Unser Kampf um's Dasein. 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
Die Vertrauensmänner.
Heinrich Klingenberg, Mittenwalderstrasse 83.
Bernhard Förster, Lübeckerstr. 43.

Heute, Mittwoch, den 21. September, Abends 8 1/2 Uhr,

Große Versammlung der Civil-, Militär- u. Lieferungs-Schneider.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Magdeburger Kongress durch L. Pfeiffer.
2. Der wahre Charakter der Offizier- und Seemanns-Vereine. Referent: A. Tatorow. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen aus der Civil-, Militär-, Lieferungs-, Herren- und Damen-Konfektions-Branche ist erforderlich.
Die Agitations-Kommission.

Freie Vereinigung der in der Blumen- und Putzfeder-Branche und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 24. September 1892:
I. Stiftungs-Fest

im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstrasse 4a
bestehend in **CONCERT, THEATER und BALL.**
Die Musik wird von der Freien Vereinigung der Civil-Berufs-Muster ausgeführt. — Dirigent: Herr Gartmann.
Zur Aufführung gelangt: **Der Jäger**, und während der Kaffeepause: **Die alte Raketenkiste.**
Hör- und Seespiel in 5 Bildern von Guillaume Chasson.
1. Bild: Die Verblendeten. 2. Bild: Die heimliche Selbsterkenntnis. 3. Bild: Durch Kampf zum Sieg. 4. Bild: Rache und Heimkehr. 5. Bild: Die Zukunft. 87/8
Mitglieder erhalten noch Billets beim Unterzeichneten. **Programm à 25 Pf.** sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.
Es ladet freundlichst ein **Die Kommission.**
J. A.: W. Jäger, Rixdorf, Herrmannstr. 94.

Interessen-Verein der Kistenmacher.

Sonnabend, den 24. September, in den „Konordia-Sälen“, Andreasstrasse 64:
X. Stiftungs-Fest

bestehend in **Ball, Konzert und humoristischen Vorträgen.**
Billets sind (für Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., incl. Tanz) in sämtlichen mit Plakaten belegten Geschäften, bei den Vorstand-Mitgliedern, im Arbeitsnachweis, Marktstr. 25 und bei Farge, Bettr. 29 zu haben. 494/6

Verlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.

Soeben erschien in unserem Verlage:
Das

Bereins- und Versammlungsrecht in Deutschland.

Zu ausführlichen Erläuterungen zum Preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften.
Mit einem Anhang,
enthaltend: eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht, und alphabetischem Sachregister.
VIII und 210 Seiten 8°. Elegant broschirt Mk. 2,50, in braunem Gadekerband gebunden Mk. 3.—.

Dieses auf dem Gebiete der Vereinsgesetzgebung in Deutschland umfassendste Nachschlagewerk sollte in keiner Haus- und Vereinsbibliothek fehlen. Für jeden Vereinsvorstand und Versammlungsleiter unentbehrlich.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsspediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Bei Aufträgen von Außerhalb bitten wir um gleichzeitige Einsendung des entfallenden Betrages (Porto extra).

Anzugstoffe für Herren und Knaben versendet jedes Maas **R. Pfeiffer,** Spremberg, Saubh.
Empfehle den Genossen mein Lager sämtlicher **Böttcherwaaren,** Küchengeräth und Spielwaaren. Aug. Wulsh, Böttcher, Stephanstr. 50. Reparaturwerkstatt im Hause.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 19. bis 20. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:			
		16./9. erkrankt	16./9. gestorben	17./9. erkrankt	17./9. gestorben
Hamburg	Hamburg	276	136	286	127
	Altona	10	3	10	4
Preußen: Schleswig	Flensburg	3	2	1	1
	Stettin	1	—	1	—
				241	115
				206	105

Vereinzelt Erkrankte:

Regierungsbezirk Lüneburg: in der Stadt Garburg und in 3 Orten der Landkreise Garburg und Lüneburg 4 Erkrankungen, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Stade: in 1 Orte des Kreises Rehdingen 1 Todesfall.

Berlin: 2 Erkrankungen, 1 Todesfall (Älterer Bruder Woytkowski und Pohl, bezw. Trempler).

Regierungsbezirk Potsdam: in Wittenberge 1 Erkrankung.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin: Stadt Ludwigslust 1 Todesfall.

Hamburg, 20. September. Von gestern Mittag bis heute Mittag sind hier 206 Cholera-Erkrankungen und 105 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 141 Erkrankungen und 67 Todesfälle. Die Transporte betragen gestern 134 Kranke und 48 Leichen.

Das „Hamburger Echo“ schreibt unterm 19. September: „In Hamburg sind bisher rund 16 000 Erkrankungen und 7000 Sterbefälle an Cholera eingetreten.“

Tafelberg schreibt: Etwas vom Hammerbrook. Das Unterhütungsamt, welches im unteren Hammerbrook (der „Vorwärts“ hat jüngst nach dem „Echo“ ein Stück erschütternder Gendarmenstatistik aus diesem Viertel mitgeteilt) unter dem Vorhitz von J. J. Peters seine Thätigkeit zwecks Unterhütung der Nothleidenden entfaltet, kommt dort keineswegs den Bedingungen nach, die es erfüllen sollte. Trotdem von unseren Genossen demselben ein ausgiebiges Material zur Verfügung gestellt wurde, sieht man, daß keineswegs davon Gebrauch gemacht wird. Es sind ja allerdings die angegebenen Fälle mit Verabfolgung von Nahrungsmitteln berücksichtigt; jedoch haben, mit einigen Ausnahmen, die Herren vom Komitee sich keineswegs überzeugt, ob jene Fälle begründet sind, trotzdem sie vor dem die Erklärung abgaben, selbige zu thun. Es scheint vielmehr, daß manche der Herren nicht das Herz haben, die Seuchenherde anzufachen. Daher ist es ja auch erklärlich, daß die Unterhütung zu lang bemessen wird. In vielen Fällen, wo die Betten am notwendigsten wären, sieht man, daß die Leute noch auf dem Fußboden kampieren, trotzdem auf unseren Bogen Derartiges vermerkt wurde. Man hält mit den Betten und Kleidungsstücken zurück, trotzdem die Herren genau wissen, daß dem ärmeren Menschen ebenfalls Rechnung getragen werden muß. Die Herren möchten doch einmal die Thätigkeit einiger anderer Komitees beobachten, die so viel wie möglich den Armen die Hilfe zu Theil werden lassen. Es werden doch von Seiten des Exekutiv-Komitees den Vereinen die gleichen Mittel verabfolgt. Bei einigen guten Willen haben die Herren des Komitees ein ausgiebiges Feld, ihre Thätigkeit zu entfalten. Jedoch die Seuchenherde müssen aufgeführt werden. Es heißt hier nicht bloß, an den Häusern vorbeigehen. Jener ist zu empfehlen, daß jene Herren, welche an der Thür der Volksschule die Kontrolle ausüben, in einer freundlicheren Weise dem Elend entgegenreten. Man soll doch Fälle, wo das nackte Elend vorliegt, erst untersuchen, bevor sie abgewiesen werden. Es sind da beispielsweise Familien, deren Ernährer nur sehr wenig verdient hat. In der Idoststraße wohnt eine solche, deren Ernährer ein Jahr in der Spinnfabrik von Peters beschäftigt gewesen ist. Der Mann verdient dort 16 M. wöchentlich. Es muß jedem denkenden Menschen doch einleuchten, daß eine Familie von sieben Köpfen hier bei in Noth und Elend gerathen muß. Aus allem Diefen geht hervor, daß die bürgerliche Hilfe dort sich als ungenügend erweist und wie berechtigt unsere Forderung betreffs Eintretens der Staatshilfe ist.

Stettin, 20. September. Heute sind vier neue Cholera-Erkrankungen amtlich gemeldet worden, darunter eine mit tödlichem Ausgange.

München, 19. September. Das Ministerium des Innern genehmigte die Abhaltung des Oktoberfestes unter Verfügung der entsprechenden gesundheitslichen Vorichtsmaßregeln.

Wien, 19. September. Sämmtliche klinische Professoren Oesterreichs, die als Abtheilungs-Vorstände von Krankenhäusern fungieren, sind zur Rückkehr auf ihre Posten aufgefordert worden.

Wien, 19. September. Der oberste Sanitätsrath sprach in seiner am Sonnabend stattgehabten Sitzung die Ueberzeugung aus, daß ungeachtet der in vieler Beziehung günstigen sanitären Verhältnisse Wiens nichts zur wirksamen Bekämpfung einer eventuellen Cholera-Epidemie verabfolgt werden dürfe und daß den Minister des Innern dringend, auf die Gemeinde Wien in entsprechender Weise einzuwirken. Schon jetzt wolle für geeignete Mittel und zweckmäßig eingerichtete Hospitalkapazitäten mit Bedachtsnahme auf Absonderung der Choleraverdächtigen Sorge getragen werden. Betreffs der Einfuhr und Durchfuhr von Vorgefährten aus choleraverdächtigen Ländern sei bei aller Strenge bezüglich der thatsächlich gesundheitsgefährlichen Artikel jede überflüssige Schädigung der Handelsinteressen zu vermeiden. Endlich wurden sanitäre Maßnahmen anlässlich der Wieder-Aufnahme der Elb-Dampfschiffahrt beraten.

Wien, 20. September. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht einen Erlaß, laut welchem anlässlich des Auftretens der Cholera in Stettin eine siebenstägige Beobachtung der Herkunft aus den deutschen Ostseehäfen angeordnet ist.

Bern, 20. September. Der Bundesrath hat den Schweizerischen Konsul in Hamburg beauftragt, dem Senat der Stadt Hamburg 1000 Franks für die Nothleidenden zu übermitteln und denselben der aufrichtigen Theilnahme des Bundesraths und des Schweizer Volkes zu versichern.

Der Bundesrath hat eine Verordnung über die in den Militärkassen zur Abwehr der Cholera zu treffenden Maßnahmen erlassen.

Krakau (Galizien), 19. September. Heute wurde hier ein Cholerahospital eröffnet. Im Lazarethospitale befanden sich gestern vier Choleraerkrankte und zwar sämmtlich im Zustande der Besserung. Heute sind drei verdächtige Fälle hinzugekommen.

Czernewiz (Bukowina), 19. September. In der Bukowina sind in 812 Gemeinden Sanitätswehren errichtet worden.

Amsterdam, 19. September. Die amtlich festgestellten

wurde, ist der in Verlikum geforderte Militärsoldat der asiatischen Cholera erlegen. In Rotterdam sind zwei Fälle von Cholera nostras vorgekommen. In Schiedam und in Woum ist je eine Person an Cholera nostras gestorben. Je ein Fall von Cholera nostras ist ferner in Groot-Ammerz und in St. Michielsgestel vorgekommen. Aus Ordingen werden zwei choleraverdächtige Fälle gemeldet. In Nossam ist ein von Antwerpen kommender Schiffsmann unter choleraartigen Erscheinungen heftig erkrankt.

Rotterdam, 20. September. 3 Todesfälle an Cholera wurden gestern amtlich gemeldet.

Antwerpen, 19. September. Die Sanitätskommission der Schelde hat heute beschlossen, daß Verkäufe aus Bremen und Lübeck fortan nur einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden sollen.

Brüssel, 20. Sept. Die Cholera tritt hier ernstlich, bei unnatürlich hoher Temperatur, auf. Entgegen den bisherigen Ablehnungsversuchen wird jetzt offiziell zugestanden, daß gestern 18 Erkrankungen und 8 Todesfälle an Cholera in Schaerbeek, Moelenbeck und dem inneren Brüssel vorgekommen sind. Außerdem sind aber auch in dem Stadttheil Anderlecht 3 Todesfälle konstatiert. Genaue Ziffern lassen sich nicht feststellen, da die Angaben weit auseinandergehen. — Der „Moniteur Belge“ veröffentlicht eine königliche Verordnung, wonach die Einfuhr und Durchfuhr von Früchten, Gemüsen und Fischen aus Ländern, in denen der Ausbruch der Cholera konstatiert ist, oder welche choleraverdächtig sind, untersagt oder gewissen Einschränkungen unterworfen werden kann.

Paris, 20. September. Gestern waren hier 10 Todesfälle an Cholera. In den Hospitälern befinden sich 213 Kranke.

St. Ouen, 20. September. Hier sind gestern 7 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

Paris, 20. September. Gestern sind in Paris und im Weichbilde von Paris 38 Personen an der Cholera erkrankt und 17 gestorben. — In Havre sind 6 Personen erkrankt und 6 gestorben.

Petersburg, 19. September. Von gestern Mittag bis heute Mittag wurden hier amtlich gemeldet 44 Choleraerkrankungen und 11 Todesfälle. In der Stadt Sjnblin erkrankten am 17. d. M. 100 Personen und starben 39, in Kiew erkrankten am gleichen Tage 53 Personen und starben 9. Im Uebrigen ist die Zahl der Cholerafälle in den Städten keine große. Von den Gouvernements sind besonders stark heimgesucht Scharow, wo am 17. d. M. 760 Personen erkrankten und 372 starben, und Zambow, wo am 18. d. M. 586 Personen erkrankten und 256 starben.

New-York, 20. September. Gestern Abend starb in Sandy-Hook ein Zwischendeck-Passagier der „Normannia“. Eine Frau erkrankte plötzlich und wurde mit ihren vier Kindern isolirt; die Frau ist bereits verstorben.

Parteinachrichten.

Der Umstand, daß unser Münchener Partei-Organ, welches seit ca. fünf Vierteljahren im Verlage von M. Ernst erscheint, vom 1. Oktober ab wieder in den Verlag der Münchener sozialdemokratischen Partei übergeben wird, giebt der gegnerischen Presse Anlaß, von einer Beseitigung des Einflusses des Abgeordneten Vollmar auf „sein bisheriges Organ“ zu reden.

Dieser, auch durch den Telegraphen verbreiteten Sensationsnachricht gegenüber bemerken wir, daß in der sozialdemokratischen Partei es nur Zeitungen giebt, welche je dem Parteigenossen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen gleichmäßig zur Verfügung stehen. Die „Münchener Post“ war deshalb bisher nicht das „Organ des Abgeordneten von Vollmar“ und wird dies auch in Zukunft nicht sein; ebenso wenig wie irgend ein anderes Parteiblatt das Organ irgend eines anderen Abgeordneten ist oder sein kann. Die sozialdemokratische Presse gehört der sozialdemokratischen Partei, und nicht einzelnen Personen. Was speziell die in München notwendig gewordene Aenderung in den juristischen Verhältnissen unseres dortigen Parteiorgans anbelangt, so haben dieselben mit der in den letzten Wochen ausgeführten Kontroverse über den Staatssozialismus gar nichts zu thun, vor Allem aber entbehrt die notwendig gewordene Aenderung jeder Spitze gegen unseren Genossen Vollmar, was wohl am besten sich daraus ergibt, daß dieser selbst die Neuordnung in Anregung gebracht hat. Mit der „Spaltung in der Sozialdemokratie“ ist es also wieder einmal nicht.

Neuhsische Landtagswahlen. Ausser in zwei Kreisen in Gera kommt unsere Partei noch im 4. u. 5. Wahlkreis in Stichwahl. Im 5. Kreise steht unser Genosse Fiedler der Deutsch-freisinnige Kanis gegenüber, während im 4. Kreise Genosse Kühn mit 461 Stimmen gegen den Nationalliberalen Schlutter, der 343 Stimmen erhielt, um das Mandat ringt; der Freisinnige Pfahle brachte es auf nur 147 Stimmen. Im 6. Wahlkreise siegte Landrath Grafel mit 258 Stimmen über unsern Genossen Geinich, auf welchen 126 Stimmen fielen. In diesem letzten Kreise hatten wir früher nicht eine Stimme. Nach dieser und der früheren Nachricht bedeutet der Ausfall der rheinischen Landtagswahlen einen großartigen Erfolg der Sozialdemokratie. — Die Stichwahlen in der Stadt Gera finden am 27. September statt.

Aus Burg wird uns geschrieben: Am 14. September fanden die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Von den 6 zu wählenden Arbeiterbeisitzern wurden 4 Sozialdemokraten und 2 Nichtsozialisten gewählt. Die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen betrug 347, während der Gegner 171 Stimmen erhielten. Von Seiten der freisinnigen Stadtverwaltung hatte man, da hier die sozialdemokratischen Arbeiter die Majorität bilden, 6 Gruppen zusammengestellt, deren jede einen Arbeiterbeisitzer zu wählen hatte. Es sollte dadurch verhindert werden, daß sämmtliche Arbeiterbeisitzer aus den Reihen der Sozialdemokraten hervorgingen. Nun, wir sind trotzdem mit dem Resultat zufrieden, und geben uns der Hoffnung hin, daß in nicht zu ferner Zeit auch die jetzt noch nicht sozialdemokratischen Arbeiter in unseren Reihen stehen werden.

Zur Theilnahme an den Gemeindevahlen Schleswig-Holsteins wird aus Parteikreisen der Orte Lohstedt und Rangenfelde im „Hamburger Echo“ aufgefordert. Die neue Land-gemeinde-Ordnung für jene Provinz tritt am 1. April 1893 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkte erlischt die Vollmacht der jetzigen Mitglieder der Gemeindevvertretungen, doch bleiben sie bis zur Einführung der neugewählten Gemeindev-Abgeordneten noch im Amte.

Ein weiterer Stützpunkt für die Arbeiterbewegung in Ostpreußen ist in dem Arbeiter-Bildungsverein geschaffen, der am 11. September in Norden gegründet wurde. Glück auf!

Von der Agitation. Reichstags-Abgeordneter v. Wolmar sprach in Ravensburg, Biberach, Goppingen und anderen Orten

Württemberg in stark besuchten Versammlungen. Die „Schwab. Tagwacht“ erhofft von der Agitationsreise Wolmar's einen bedeutenden Aufschwung der sozialdemokratischen Propaganda.

Wie man uns behandelt. In Lüdenscheid ist, wie die „Märkische Arbeiterzeitung“ mittheilt, der Parteigenosse Fritz Eichholz, der seit einigen Jahren bei der Firma Gerhardt und Komp. (Inhaber Gebr. Steinweg) arbeitet, plötzlich entlassen worden, nachdem er sich das schreckliche Verbrechen hatte zu schulden kommen lassen, in einer Volksversammlung Entree zu erheben. Die Entlassung erfolgte unter ausdrücklichem Hinweis auf seine sozialdemokratische Gesinnung. Die Herren Steinweg entschuldigten sich damit, daß sie nur dem Druck der anderen Fabrikanten nachgaben. Wo bleibt aber dann ihr Recht, Herr im Hause zu sein? Den Arbeitern gegenüber lehren sie dieses Recht gewiß nicht hervor.

In Würzen fand am 11. September eine Konferenz der Vertrauensmänner aus dem 11. sächsischen Reichstags-Wahlkreise statt, die über alle Erwartung gut besucht war. Vertreten waren neben vielen Dörfern die Orte Würzen, Oschag, Grimma, Dahlen, Müßchen, Strehlen und Mügeln. Ueber die Organisation und Agitation referirte Genosse Ad. Thiele-Würzen. Derselbe legte 10 Zeitlässe vor, nach welchen bei der Organisation und Agitation zu verfahren ist. Dieselben wurden debattelos angenommen. Die Konferenz beschloß, zum 1. Oktober den Schriftenvertrieb nach Würzen zu verlegen, und wählte zum Delegirten für den Berliner Parteitag den Genossen Adolf Thiele-Würzen und zu dessen Stellvertreter den Genossen Aug. Nebner-Grimma.

Cholera, meineidige Sozialdemokraten, Staatsanwalt Nomen. Aus Emmerich a. Rh. wird mitgetheilt, daß der in jüngerer Zeit vielfach genannte Hamburger Staatsanwalt Nomen sich zur Zeit in Emmerich befindet, wozu die Frage geknüpft wird, ob derselbe vor der Cholera ausgedrückt sei. Unsere Hamburger Parteigenossen werden wohl feststellen können, ob Herr Nomen wirklich „verreist“ ist und ob er gerade in der kritischen Zeit der „meineidigen“ Stadt den Rücken gelehrt hat, oder ob er seine Gerichtsfereien „regulär“ dort verbringt.

Für die Hamburger Nothleidenden sind beim Kassirer des Landesvorstands der Sozialdemokratie Württemberg bis letzten Freitag bereits 1000 Mark eingegangen.

Die 1848er Kämpfer hat das deutsche Bürgerthum bei seiner Jagd nach dem rothenden Gold längst vergessen, ihrer erinnert sich in dankbarem Angedenken heute nur noch das Proletariat. So bereiteten am 18. September die Arbeiter Frankfurt a. M. den gefallenen Freiheitskämpfern wieder eine würdige Ehrung durch Schmückung der Gräber. Bieleicht, um zu dokumentiren, wie unerfüllt noch die Forderung nach freien Einrichtungen geblieben, für welche 1848 gekämpft wurde, waren zwischen den Gräbern gegen 50 uniformirte Polizisten, ungerchnet die „Geheimen“, postirt.

In Zürich haben unsere Parteigenossen in geschlossener Versammlung einen Antrag mit 44 gegen 27 Stimmen angenommen, wonach Hans Müller die Zulassung in die Parteiversammlungen wieder gestattet ist, wenn er seine Handlungsweise gegen Kantonsrat in einer dem Lokalaufschlag abzugebenden Erklärung als inkorrekt bezeichnen. Dieser gewiß weit genug entzogenkommende Beschluß scheint aber nicht nach dem Geschmack Müllers und seiner Leute gewesen zu sein, denn es traten nach Annahme des Antrages acht Personen aus der Partei aus. Sicher ist es ein traurig Metier, verübtes Unrecht nicht wieder gut zu machen, aber das Geschwister der „Unabhängigen“ scheert sich den Teufel um derlei Pflichten.

Der Turnertag des Märkischen Arbeiter-Turnerbundes, der am Sonntag in Berlin abgehalten wurde, war von 81 Delegirten aus der Mark Brandenburg und 8 Delegirten aus der Provinz Sachsen, dem Königreich Sachsen und dem Fürstenthum Rhenl. j. L. besocht. Beschlossen wurde die Gründung eines freien Deutschen Arbeiter-Turnerbundes, welcher in sog. Kreise eingetheilt werden soll. Mit den Vorarbeiten hierzu wurde eine Kommission von 10 Mitgliedern betraut. Während der Verhandlungen trafen mehrere Begrüßungs-Telegramme ein, so u. A. von der sozialistischen Turner-Vereinsabtheilung aus Brüssel, von den Turnern aus Konstanz und Schleswig. Dem Märkischen Bund sind bisher Vereine aus folgenden Orten beigetreten: Berlin 1, Brandenburg a. H. 2, Rathenow 1, Frankfurt a. O. 1, Luckenwalde 2, Belten 1, Zisterwalde 1. In den Vorstand des Märkischen Arbeiter-Turnerbundes wurden gewählt: Müller-Brandenburg, Vorsitzender; Franz Trübscher-Rathenow, Kassirer; Garg-Brandenburg, Turnwart; Bloh-Brandenburg, Schriftwart.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Dr. Lux in Magdeburg ist wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Das Vergehen soll in einem Artikel der „Volkstimme“ enthalten sein, der die Reichstagsreden Stumm's betraf.

— In Glauchau verurtheilte das Schöffengericht die Parteigenossen Münch und Wagner wegen Verlaufs von Eintrittskarten zur Kaiserfeier zu insgesamt 20 M. Strafe. Ein anderer Uebeltäter wurde freigesprochen. Der Stadtrath hatte die Drei feinerzeit zu je 50 M. verdonnert.

— Wegen formeller Beleidigung eines Totenbettelmeisters durch zwei Netzen der „Sächs. Arbeiterzeitung“ soll der verantwortliche Redakteur derselben, Heinrich Wehler, 10 M. Strafe bezahlen. In den Netzen war behauptet worden, der Totenbettelmeister habe mit seinen zwei 17-18 Jahre alten Dienstmädchen unzüchtige Handlungen getrieben. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich der Mann thatsächlich in unästhetischer Weise gegen die Mädchen vergangen hat, obwohl er es leugnete, und im Urtheil ist das auch anerkannt. Deshalb hatte der Privatkläger mit der Verurteilung der „verleumdlichen“ Beleidigung kein Glück. Genosse Wehler wird gegen das amtliche gerichtliche Urtheil Berufung einlegen. Landtags-Abgeordneter Roden sollte als Verleger des oben genannten Blattes nach Ansicht des angeblich „verleumdlichen Beleidigten“ auch dafür, wurde jedoch freigesprochen, weil er für den Inhalt des Blattes, für welches er einen verantwortlichen Redakteur bestellte, nicht verantwortlich gemacht werden könne.

— Zum 15. September war vom Breslauer Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Abgeordneten Fritz Kunert angehängt worden. Ueber das Resultat ist bereits kurz berichtet worden.) Die Anklage richtete sich gegen acht Pressevergehen: 1. Beamtenebeleidigung; 2. Aufreizung zum Klassenhaß und Anreizung zu Gewaltthatigkeiten durch Veröffentlichung des Gedichtes „Schlesische Marschälle“; 3. Majestätsbeleidigung bei den schlesischen Kaiserfesten; 4. Majestätsbeleidigung: „Der Kaiser in Norwegen“; 5. Majestätsbeleidigung: „Herrscher und Volk“; 6. Majestätsbeleidigung: „Der Kaiser und die Korpsstudenten“; 7. Majestätsbeleidigung: „Die Korpsstudenten und der Kaiser“; 8. Majestätsbeleidigung: „Der Brotzoll“. Es sind dies Vergehen gegen die §§ 196, 190, 75 und 95

des Str. G. B., sowie gegen die §§ 20, 21 und 22 des Preßgesetzes. Mit Ausnahme von Punkt 2 trat Verurteilung für alle übrigen Fälle ein, um die Entscheidung des Reichsgerichts abzuwarten. Mit Bezug auf Punkt 2 wurde für Recht erkannt, daß eine Strafverfolgung Kunerts unstatthaft sei, weil Verjährung eingetreten. Die Kosten trägt die Staatskasse. Weiter wurde bestimmt, daß, da der Ehebestand des § 130 erfüllt, die Platten zu vernichten und die konstatirten Nummern einzustampfen seien. Rechtsanwält Max Kaufe vertheidigte in ausgezeichnete Weise. Kunert lehnte es entschieden ab, sich über die materielle Seite der Anklagen auszulassen, um für seine Person nicht den Anschein zu erwecken, als ob das gegen ihn eingeleitete Verfahren für gesetzlich zulässig erachtet werden könnte. — Das Urtheil konnte nicht anders als angehängt ausfallen, weil man richterlicherseits unterlassen hatte, den Reichstag zu ersuchen, die Einleitung des Verfahrens gegen Kunert gutzuheißen.

Lokales.

Die Eingabe des Magistrats an den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, betreffend die Vornahme der fakultativen Feuerbestattung hat folgenden Wortlaut:

„Es. Erzelung bitten wir mit Rücksicht auf die durch die Cholera-Gefahr hervorgerufenen Besorgnisse, uns geneigt seine polizeilichen Hindernisse bei dem auf dem nichtkonfessionellen Friedhof zu Friedrichsfelde projektierten Bau eines Krematoriums nach dem System des Provingentors Richard Schneider-Dresden, welchen Bau wir schleunigst in Angriff zu nehmen beabsichtigen, bereiten zu wollen. Wir gestatten uns hierbei den Hinweis, daß die Kommune Paris die von ihr zu befallenden Leichen seit 5 Jahren auf dem Kirchhof Père Lachaise mit Zustimmung der beteiligten Behörden verbrannt und Ausnahmen nur dann zuläßt, wenn die Beteiligten die Erdbestattung auf eigene Kosten bestreiten, daß insbesondere die Stadt Paris ihre sämtlichen Cholera-Leichen verbrennt. Desgleichen sind die anlässlich der augenblicklichen europäischen Cholera-Epidemie in England vorgekommenen Cholera-Leichen dort bis jetzt auf polizeiliche und sanitäre Anordnung verbrannt worden. Indem wir eine über die Lage der Sache, soweit unsere Kommune in Frage kommt, orientierende Denkschrift, betreffend die Einführung der Feuerbestattung auf dem Friedhof der Stadtgemeinde Berlin zu Friedrichsfelde, verfaßt von unserer Kommission für das Bestattungswesen, anliegend überreichen, fügen wir hinzu, daß es sich lediglich um die fakultativen Feuerbestattung und zwar lediglich solcher Personen handelt: a) deren Identität überhaupt nicht festgestellt ist, b) deren Feuerbestattung von den Angehörigen gewünscht oder zugelassen wird, und deren Todesart, sei es auf Requisition des Untersuchungsrichters, des Staatsanwalts oder der Polizei, sei es durch die amtlichen Sektionsbefunde der königlichen oder städtischen Krankenhäuser oder durch die amtlichen Sektionsbefunde der königlichen Anatomie zweifellos festgestellt worden ist, wo also weder religiöse noch staatliche Bedenken irgend welcher Art vorliegen, wo im Gegentheil, wie bei den an der Cholera oder an sonstigen Seuchen verstorbenen Personen die thunlichst vollständige Beseitigung des infizierten Leichnams vom gesundheitlichen Standpunkt dringend gefordert werden muß. Es. Erzelung bitten wir eherebietig, uns für die letztgenannten Kategorien von Leichnamen, deren Feuerbestattung geneigtlich schleunigst gestatten zu wollen. Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt. 93. Seite.“

Der Verein für Feuerbestattung hatte am 23. August angeichts der Cholera-Gefahr, welche die schnelle und rationelle Beseitigung von Leichen empfehlenswert erscheinen lasse, das Kaiserliche Reichs-Gesundheitsamt ersucht, „ein Gutachten vom Standpunkte der öffentlichen Gesundheitspflege über die angeregte Frage geneigtlich abzugeben“. Hierauf kam folgendes Antwortschreiben:

Berlin, 27. August 1892. Dem Verein für Feuerbestattung theile ich auf die gefällige Zuschrift vom 23. d. M. ergebnis mit, daß es außerhalb der Aufgaben des Kaiserlichen Gesundheitsamtes liegt, auf Ansuchen von Privatpersonen technische Gutachten abzugeben. Es hat daher den in dieser Hinsicht an das Gesundheitsamt herangetretenen Wünschen bisher grundsätzlich nicht entsprochen werden können. In der von Ihnen zur Sprache gebrachten Angelegenheit von jenem Grundsatz abzuweichen, liegt nach Inhalt Ihrer Zuschrift ein ausreichender Anlaß nicht vor. Ich muß es daher ablehnen, Ihrem Antrage eine Folge zu geben. Der Direktor des Kaiserlichen Gesundheitsamtes. Köhler.“

Aus dem Krankenhaus Moabit. Wiederum ist am gestrigen (Montag) Abend im Krankenhaus Moabit ein Fall der asiatischen Cholera konstatiert worden. Der an der Seuche Erkrankte ist der 15-jährige Sohn der im obenerwähnten Cholera-Krankenhaus als „verdächtig“ internirten Familie Woytkowski, welcher sich bereits seit dem 16. d. M. in ärztlicher Observation befindet. Der junge Mann befand sich bis gestern Nachmittag ganz wohl, erkrankte dann plötzlich und um 1/7 Uhr Abends wurde bereits der Ausbruch der asiatischen Cholera amtlich konstatiert.

Weit mehr Aufsehen erregt dagegen die Erkrankung des am 12. Juni 1892 zu Hennigsdorf, Kreis Landeshut, geborenen und hier seit 6 Wochen bei Maschinist, Pächter, 8, Hof 3 Tr., wohnenden Arbeiters Rheinhold Pohl, welcher dringend verdächtig ist von der Cholera asiatica befallen zu sein. P., welcher bereits seit drei Jahren in der Berliner Wollfabrik arbeitet, verkehrte viel in Aneipen niedriger Art und auch am Sonntag hat der junge Mann eine Reihe solcher Solale besucht und ist dann erst gegen 11 Uhr Nachts nach Hause zurückgekehrt. Montag früh klagte P. schon über heftiges Erbrechen, ging jedoch noch nach der obengenannten Fabrik und von da aus zum Kasernenplatz, wo er Leichter sofort den Patienten nach dem Krankenhaus Bethanienstraße. Dort wurde der Arbeiter aber nicht aufgenommen und begab sich nun sofort nach Moabit, woselbst die bakteriologische Untersuchung der Exkremente des augenscheinlich schwer Leidenden noch nicht (bis heute 11 Uhr Vormittags) beendet ist.

Gleichfalls als bringend der Cholera asiatica verdächtig wurde heute (Dienstag) Vormittag um 11 Uhr der 16-jährige Sohn des hier selbst an der Mondijou-Insel ankernden Schiffers Kersten eingeliefert.

Weglich des Pohl darf als ziemlich sicher angenommen werden, daß die Ansteckung durch Infizierung von Hamburger Schiffen hervorgerufen worden ist. Der Arbeiter hat viel in solchen Aneipen verkehrt, in denen sich Schiffer aufhalten.

Das Befinden der an der Cholera asiatica leidenden Krankenpflegerin Fr. Polke hat sich eher verschlechtert; unverändert gut lautet das Gesundheitsbulletin im Befinden des Musikdirektors Vertolzen, des Rektors Wilhelm Lange und des dreijährigen Knaben Woytkowski. In den letzten 24 Stunden (bis 11 Uhr heute Vormittag) sind 7 Cholera-Verdächtige in das Krankenhaus Moabit eingeliefert worden, der Befund beträgt 46 Personen.

Auch die Familie und Schiffsmannschaft des Rahnhobers Kersten ist heute Vormittag auf polizeiliche Anordnung mittels kopschen Krankenwagens nach Moabit zur ärztlichen Beobachtung überführt worden.

Zum Kapitel „Sanitäre Missethäter“. An dem im kleinen Thiergarten befindlichen, mit dem Plakat „Rein Trinkwasser“ versehenen Brunnen hängt, wie an den meisten anderen, nach wie vor der Trinkwasser, was die unbedingte Jugend natürlich

zum Genuß des Wassers geradezu heraufordert. Ein Freund unseres Blattes knüpft an diese Mitteilung folgende Bemerkung: Der Klassenstaat zeichnet sich durch wunderbare Inkonsequenz aus, selbst in Kleinigkeiten. Es war anerkannt, daß das Trinkwasser der öffentlichen Brunnen unterkühlt zu lassen; es war noch anerkannt, werther, selbst die Ausgabe für Plakate „Rein Trinkwasser“ nicht zu scheuen. Aber zu einem Begreifen der Trinkwasser, trotzdem doch Konfessuren eine Lust ist, hat sich die behördliche Weisheit nicht aufschwingen vermocht.

Cholera-Praktiken. Recht wunderbare Blätter zeitigt doch die Cholera. In dem Droschkenlutscher V., welcher legthin Abends mit seiner Droschke auf dem Halteplatz des Stettiner Bahnhofes stand, kamen zwei Herren, von denen der Eine eine ältere Dame mehr trug als führte. Unter Ueberreichung einer Bahnhof-Buchmarke forderten dieselben den Kutscher auf, die drei Personen nach dem Moabiter Krankenhaus zu fahren. Der Kutscher lehnte diese Fahrt ab. Es wurde ihm aber von beiden Herren versichert, daß es sich keineswegs um einen Cholerafall, sondern nur um einen Unglücksfall handle. Die Dame habe sich einen Fuß verletzt und könne aus diesem Grunde nicht laufen. Uebrigens wären sie soeben mit der Bahn aus Freienwalde gekommen, er brauche sich deshalb nicht zu fürchten. Dem Kutscher kam die Sache plausibel vor und da er nach nochmaliger Ocularinspektion nichts Verdächtigendes an den Fremden entdeckte, so fuhr er dieselben nach dem Moabiter Krankenhaus. Dort angekommen, wurde ihm nach einer Weile vom Arzte bedeutet, daß er eine Cholera-Verdächtige Dame gebracht habe und er mit seinem Fuhrwerke desinfectirt werden müsse, ebenso wie die Begleiter der Dame. Von diesem verlangte der Kutscher nunmehr Schadenersatz, welchen diese aber verweigerten. Daraufhin erfolgte deren Feststellung auf einer Polizeiwache. Bei dieser Gelegenheit stellte sich auch heraus, daß die Herren mit der Dame nicht aus Freienwalde, vielmehr aus der Vorflg. bezw. L. Straße, zweien in der Nähe des Stettiner Bahnhofes belegenen Straßen, kamen. Sie waren von ihrer Wohnung aus mit der erkrankten Dame nach dem Stettiner Bahnhof gegangen, um einmal die Kosten für einen Krankenwagen zu ersparen und zweitens um das Aussehen zu vermeiden. Voranschicklich wird, wie die „Allg. Zeitg.“ dem Vorstehenden hinzusetzt, den beiden Schlaubergern ihre Praktik doch nichts genutzt haben, denn sie werden jetzt mindestens ebensoviel zu bezahlen bekommen, wie sie zu ersparen gedachten.

Die Nachricht, daß bereits in der nächsten Sitzung der Stadterordnetenversammlung die Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin stattfinden werde, war eine irrige. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht nur die Bericht-erstattung betreffend die Neuwahl des ersten Bürgermeisters, eines besetzten Stadtraths und von acht unbesetzten Stadtraths. Die Bericht-erstattung ist für den unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Theil der Sitzung vorgesehen.

Das Trunksystem ist zwar verboten, aber viele Arbeitgeber versuchen es, auf indirekte Weise ihre Arbeiter anzuspitzen, wie es beispielsweise eine Fabrik an der Eisenbahnstraße thut. Die Geschäftsinhaber haben ein Lokal in ihrem Gebäude an einen Restaurateur zu sehr hohem Miethspreise vermietet. Um den hohen Preis herauszuschlagen, lockten sie den Restaurateur mit der Rundschicht ihrer Arbeiter. Arbeiter, welche nun diese Restauration verschmähen, werden von den sauberen Geschäftspraktikanten entlassen. Einer derselben hielt eines Sonntags eine Ansprache an die Arbeiter, in welcher er sagte, wer von heute an nicht bei seinem Restaurateur verkehre, der verachte nicht nur diesen, sondern auch ihn und sei somit entlassen. Nun, die Verachtung seiner Arbeiter genießt dieser saubere Fabrikant gewiß. Zu bedauern ist nur, daß diese dem Jammerbrüchigen von Anstehender nicht ihre Verachtung offen kund geben. Freilich scheinen die Arbeiter dieser Fabrik jeder gewerkschaftlichen Vereinigung, jedem Fachverein u. s. w. fern zu stehen, sonst hätten sie wohl Gelegenheit, solche schmutzigen Fabrikanten öffentlich an den Pranger zu stellen.

Die Abschaffung der Ehe und Familie scheint manchem Bourgeois sehr am Herzen zu liegen. Ein Brauer wandte sich um Beschäftigung an die Plehner'sche Malzfabrik in Spandau. Der Malzmeister sagte ihm solche ziemlich bestimmt zu und wollte ihn brieflich benachrichtigen. Dieses geschah auch durch eine Postkarte folgenden Inhalts:

Spandau, den 18. September 1892.
Theile Ihnen hierdurch mit, daß mir die Einstellung verheiratheter Brauer entschieden untersagt ist.
Achtungsvoll
S. Proskauer, Malzmeister.

Die Postkarte kam gerade in Abwesenheit des arbeitssuchenden Brauers an und in die Hände seiner Frau. Man kann sich deren Empfindungen denken.

Die Hinrichtung des Hausmörders Ernst Rutke ist heute, Dienstag, Morgen erfolgt. Um 8 Uhr erfolgte schon die Bekanntmachung von der vollzogenen Hinrichtung durch Anschlag an den Plakatsäulen. Die Bekanntmachung lautet:

„Der Arbeiter Ernst Hermann Samuel Rutke aus Adpenitz ist durch Urtheil des königlichen Schwurgerichts bei dem Landgericht II zu Berlin vom 2. April 1892, weil er zu Adpenitz in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1891 durch ein und dieselbe Handlung 1. vorzüglich den Wirtshausbesitzer Wisse getödtet und diese Tödtung mit Ueberlegung angefaßt; 2. dem Wisse mit Gewalt gegen die Person denselben gehörige bewegliche Sachen in der Absicht, sich dieselben rechtswidrig zuzueignen, weggenommen hat, und zwar, indem durch die verübte Gewalt der Tod des Wisse verursacht worden ist. Zu 1 und 2 gemeinschaftlich mit einer anderen Person, wegen Mordes in ideeller Konkurrenz mit schwerem Raube nach §§ 211, 249, 251, 47, 73 und 82 des Reichsstrafgesetzbuches zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt worden. Das Urtheil hat die Rechtskraft beschritten. Nachdem durch Allerhöchsten Erlass vom 7. September 1892 bestimmt worden ist, daß der Gerechtigkeit freier Lauf zu lassen sei, ist das Todesurtheil heute früh durch Enthauptung des Verurtheilten im Hofe des Strafgefängnisses zu Plötzensee vollstreckt worden. Berlin, den 20. September 1892. Der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht II. Lademann.“

Diese Bekanntmachung erfolgt zu dem Zwecke, daß sie in den weitesten Kreisen gelesen wird. Ob diesem Zwecke genügt wird, wenn die Bekanntmachung in halbbrecherischem Deutsch erfolgt? Was soll sich erst gar die große Masse denken, wenn sie von einem „Morde in ideeller Konkurrenz mit schwerem Raube“ liest? Das Strafgesetzbuch kennt diesen Ausdruck gar nicht, wir haben es also nur mit einem technischen Ausdruck der juristischen Wissenschaft zu thun, der für die Volksmassen einfach unverständlich ist.

„Ein „Berliner Hofgänger“, einer jener Stroche, die als landwirthschaftliche Arbeiter von Berlin nach Mecklenburg geschickt werden, hat das ritterchaftliche Gut Kallitz bei Friedland in Brand gesetzt.“ So schreibt die „National-Zeitung“. Wir nageln hier nur fest die allgemeine Bezeichnung als Stroche für diejenigen Arbeiter, welche durch die sich als Arbeiter-Wohltäter aufspielenden Arbeitsnachweise-Vereine sich auf das Land schicken lassen.

Ein Trainsoldat von dem in Tempelhof garnisonirenden Garderegiment warf sich vor dem am Montag Abend kurz vor 8 Uhr von Treptow nach Rixdorf fahrenden Siedringzuge dicht hinter der ersten Station auf die Schienen. Seine Absicht, durch Ueberfahren getödtet zu werden, wurde durch die Aufmerksamkeit des Lokomotivführers, der beim Anblick des

Soldaten sofort bremste, vereitelt. Er wurde aber doch noch von der Maschine erfasst und zur Erde geschleudert. Stark blutend und mit zerbrochenem Wasserrohr wurde der anscheinend schwer verletzte Soldat in ein Konvaleszenzhaus und nach der Station Treptow zurückgeführt. Hier legte man den schwerlich löhnen Mann auf eine Bank, worauf der Zug wieder in der Richtung nach Rixdorf weiterfuhr.

Ein Todschlag wird uns von der Sonntag-Nacht aus Rixdorf gemeldet. Ein Nachtwächter dieses Vorortes fand gegen 2 Uhr Nachts einen bewußtlosen Mann in einer großen Blutlache auf der Herrmannstraße liegen. Der Verwundete wurde zunächst nach dem Krankenhaus und dann nach dem städtischen Krankenhaus am Urban geschafft, woselbst er alsbald verschied. In dem Todten wurde nachträglich der Glaschleifer Karl Rollas, Herrmannstr. 186 wohnhaft, konstatiert. N. der keinen guten Ruf genos, scheint mit anderen lächerlichen Gesindel in Streit gerathen zu sein, im Verlauf dessen der etwa 20-jährige Mann mehrere Messerstiche in die Brust erhielt, welche die Lunge verletzten. Bis jetzt ist es der Behörde noch nicht gelungen, den oder die Todtschläger habhaft zu werden. Eine ähnliche Messerstecherei trug sich in derselben Nacht gleichfalls in Rixdorf in einem Lokal der Steinmetzstraße zu. Hier geriethen Mitglieder eines sogenannten „Arbeitervereins“ in Streit mit einander, der dann durch eine allgemeine Messerstecherei auf der Straße ausbrach. Hierbei wurde der in der Fietzenstraße wohnende Steinträger August Wiegand fast lebensgefährlich, ein zweiter der Schläger gleichfalls schwer durch Messerstiche am Kopf und in der Brust verletzt. Mehrere der Messerfelben sind durch die Polizei dingfest gemacht worden.

Ein großer Brand, bei dem zwei Pferde erstickt sind, wüthete in der letzten Nacht auf den Grundstücken Schanzhorststraße 6 und 45. Der Heerd des Brandes war das Grundstück Nr. 6. Hier befinden sich die Stallungen der Fuhrherren Gollnow, Herrmann u. Engel Nachfolger, die Getreidehandlung von Rixing, eine Stellmacherei, eine Schmiede u. dgl. Als die Feuerwehr um 1 Uhr Nachts anrückte, brannten schon ein großer offener Schuppen mit drei Droschken und drei Kramern, zwei große Pferdehüllen mit Borräthern an Feurzeuge, feuerte der Zaun des benachbarten Holzplatzes, Schornhorststraße 5, und auf dem Holzplatz selbst ca. 200 Kubikmeter Brennholz. Die Mehrzahl der im Stall untergebrachten Pferde ward noch in Sicherheit gebracht, zwei der Thiere aber waren bereits erstickt. Die Feuerwehr griff mit fünf Hähnen den Brand an und hatte die Genußnahme, sowohl die übrigen großen Borräthe des Holzplatzes, wie auch das stark gefährdete Wohnhaus Nr. 6 zu halten.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Morgens wurde ein Schloffer in seiner in der Großen Hamburgerstraße im Keller belegenen Werkstatt erhängt gefunden. — Nachmittags wurde vor dem Hause Bärgwaldstr. 7 eine Frau beim Uebersteigen des Fahrdammes von einem Pferdebahnwagen überfahren und durch eine Quetschung der Rehe des rechten Fußes so bedeutend verletzt, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Im Spandauer Schiffahrtskanal, nahe der Sandtrugbrücke, wurde die Leiche eines etwa 6 Wochen alten Kindes gefunden. — Zu derselben Zeit spielten mehrere Kinder auf der Auguststraße mit Knallstreichhölzern. Hierbei fing die Kleider eines 4-jährigen Mädchens Feuer, so daß es bedeutende Brandwunden am Rücken erlitt. Das Kind wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht. — Ein zweijähriges Mädchen stürzte aus dem belegenfenster der im 2. Stock des Hofgebäudes Breslawstr. 25 belegenen Wohnung des Malers Wiese auf den Hof hinab, erlitt einen Schädelbruch und starb bald darauf. — Vor dem Grundstück Magdalenstr. 4 sprang ein Arbeiter in den Landwehrkanal und ertrank. — Am 20. d. M. früh entzündet auf dem Grundstück Schornhorststr. 6 Feuer, wodurch ein Stall und ein Remisengebäude niederverbrannt und größere Holzvorräthe, sowie einige Geschäftswagen verbrannten. Außerdem sanden am 19. d. Mts. drei kleine Feuer statt.

Theater.

Nachdem das „Ballner-Theater“ am Sonnabend unter seiner neuen Direktion mit Schiller's „Brant von Messina“ begonnen, liegt es am Montag wieder herab zur „Mila“ von Arthur Japp. Das Stück soll Jbsen und die norwegischen Dichter verkörpern. In einer Stadt hat sich eine kleine Jbsen-Gemeinde gebildet. Mila, die Gattin des Direktors einer chemischen Fabrik, schwärmt für Nora, sie will nicht die bloße Puppe ihres Mannes, sondern seine Gehilfin sein. Eise, die Braut eines Affesors, ist entzückt von der Hörsen'schen Swawa, die von ihrem Bräutigam die selbe Unbescheidenheit verlangt, die dieser von der Braut verlangen würde. Mila, die als Köstlerin ihres Mannes, ein Schurzfell und Schuhmaske trägt, wird belehrt, als sie sieht, daß ihr Mann Gefahr läuft, die Schönheitsfrage außer dem Hause zu suchen, und Eise ist zum Schluss ganz entzückt von dem ihr in die Hände fallenden Tagebuche ihres Mannes, das 25 Liebeshafte enthält. Die Moral, zu der sich Mila bekehrt, ist, daß die Hauptaufgabe der Frau sei, schön zu sein und zu gefallen. So wird Jbsen widerlegt durch ein paar modische Puppen, die froh sind, nichts Anderes als Puppen zu sein. Das Stück schien dennoch zu gefallen; es war dem Publikum das allgemeinste Moser-Rosen-Schönthaus'sche Possenspiel, das einzeln ganz unterhaltend und amüsante Szenen bot. Von den Darstellern gestaltete Herr Haib, der den auf Jbsen's Vorträge reisenden Schriftsteller Oswald Kramm darstellte, seine Rolle mit köstlicher Charakteristik. Herr Wolitzky als Fabrikinspektor und Fr. Stätter als Frau Mila verdienen in Spiel und Sprache hervorgehoben zu werden.

Dem Japp'schen Stück wurde der Göthe'sche Einakter „Die Geschwister“ vorgezogen. Herr Klein, der in der „Brant von Messina“ den Don Manuel gab, wußte in der Rolle des Wilhelm sich als talentvoller Darsteller zu zeigen. Weniger gelungen war die Marianne des Fr. Gerty. Ihre Naivität war eine zu gemachte; die Lieblichkeit, die Göthe der Marianne gegeben, ging ihr vollends ab. In solchen Stücken wie „Mila“, in der sie die Eise gab, mag sie hingehen; aber für Göthe'sche Frauengestalten fehlt ihr eben Alles. —

Gerichts-Beitrag.

Der Buchhalter Ernst Adolf Wülfing, der in der Schleicher'schen Grabsteinfabrik angestellt war und dessen im großartigsten Maßstabe betriebene Unternehmungen aus Tageslicht kamen, nachdem über das Schleicher'sche Geschäft der Konkurs ausbrach, wurde gestern der 2. Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen der ihm zur Last gelegten Vergehen zu verantworten. Ueber Erwarten erhob sein Verteidiger, Rechtsanwalt Jverd, den Einwand, daß an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten, der bereits zweimal in Geiranknissen gewesen sei, Zweifelset werden müsse. Der Gerichtshof beschloß darauf, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und verlagte zu diesem Zwecke den Termin.

In 27 Jahre Juchthaus und anderthalb Jahre Gefängnis hatte sich eine aus fünf Köpfen bestehende Diebesbande zu theilen, welche gestern vor der 2. Strafkammer des Land-

Der englische Gewerkschaftskongress.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

II.

Es ist in der That richtig, daß der Kongress in seiner Sitzung vom 8. September den Beschluß gefaßt hat, einen eigenen, ausschließlich der Frage des Achtstundentages gewidmeten internationalen Kongress einzuberufen. Der betreffende, von Mallin aus Liverpool eingebrachte Antrag lautet wie folgt:

„Es werde beschlossen, daß nach der Ansicht des Kongresses die Frage einer internationalen Herabsetzung der Arbeitsstunden auf acht im Tag von hinlänglich dringender Bedeutung ist, um die Abhaltung eines internationalen Kongresses zu erheischen, der die Frage in Hinblick auf eine Verständigung diskutieren soll, auf Grund deren eine gemeinsame vereinbarte und gleichzeitige Aktion zur Verwirklichung dieser Forderung ins Werk gesetzt werden kann, und wie weisen hierdurch das parlamentarische Komitee an, einen derartigen Kongress unverzüglich einzuberufen.“

In der Begründung dieses Antrages führte Mallin aus, man habe auf den beiden letzten Internationalen Kongressen zwar Resolutionen zu Gunsten des Achtstundentages gefaßt, aber wenig zu seiner Verwirklichung gethan, daher scheine ein Spezialkongress zur Beratung der Mittel und Wege, wie man am ehesten den Achtstundentag erreichen könne, sehr wünschenswerth. Der Unterstützer des Antrages, ein Delegirter der Textilarbeiter von Lancashire, Chadleton aus Accrington, setzte hinzu, es sei, um ohne Schädigung zum Achtstundentag zu gelangen, unbedingt notwendig, von den Vertretern der anderen Länder zu hören, wo weit sie bereit wären, in dieser Angelegenheit vorzugehen. W. Parnell, Möbelschreiner aus London, unterstützte von S. Quetch aus London, stellte dagegen den Antrag, den auf 1893 nach Zürich einberufenen Internationalen Kongress zu beschicken. Die Achtstundenfrage, führte der Letztere aus, bedeute nicht die ganze Arbeiterfrage, es seien noch andere ebenso wichtige Fragen mit den Arbeitsgenossen anderer Länder zu berathen, und darum empfehle sich die Beschickung des Züricher Kongresses.

Bei relativ geringer Theilnahme — es war eben schon der vierte Kongress — wurde der Antrag Mallin mit 169 gegen 97 Stimmen, welche das Amendement Parnell-Quetch erhielt, angenommen.

Ich will die Frage, ob hier nicht eine von den „Alten“ hinter den Kulissen in Szene gesetzte „Schiedung“ vorliegt, ununtersucht lassen. Bezeichnend ist jedenfalls, daß es erst einer wiederholten Aufforderung des Generalsekretärs der Gewerkschaften, W. Thorne, bedurfte, bevor sich der Sekretär des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees Fenwick, dazu herbeiliess, das an den Kongress adressirte Einladungsschreiben des Züricher Einberufungskomitees für den nächsten Internationalen Kongress auf seiner Wapp zu nehmen und dem Kongress vorzulesen. Da Fenwick wiedergewählt ist, und auch sonst das neugewählte parlamentarische Komitee nicht übermäßig noch links hin verschoben worden ist, so steht zu befürchten, daß man, wie für 1893, einen Kongress einberufen wird, bei dem es heißt: nur Gewerkschaftenmitglieder haben Zutritt. Diese Ausschließlichkeit würde aber sicherlich der Achtstundenbewegung nicht förderlich sein.

Immerhin, der Beschluß ist gefaßt, und da nichts in der Politik veränderlicher ist, als sich durch Empfindlichkeiten leiten zu lassen, so gilt es, in aller Ruhe zu überlegen, was am Besten zu thun ist, um zu verhindern, daß er zu einer Zersplitterung der Kräfte und damit zu einer Schädigung der ganzen Bewegung führt. Zwei internationale Kongresse in einem Jahre zu beschicken, kann man den Arbeitern, deren Mittel so beschränkt sind, schwerlich zumuthen; kommt es trotzdem dahin, daß zwei Kongresse, womöglich noch örtlich getrennt, einberufen werden, so ist es ganz unvermeidlich, daß sie einander stützen und einander. Ohne den zuständigen Komitees in irgend einer Weise vorzugreifen, meine ich also, daß es sich empfehlen würde, vorerst noch eine Verständigung mit dem neuen parlamentarischen Gewerkschaftskomitee zu versuchen. Etwas frisches Blut ist demselben immerhin zugeführt worden, und da ihm die Resolution Mallin in Bezug auf die Einzelheiten des einzuberufenden Kongresses absolut freie Hand läßt, könnte sich bei einigermaßen gutem Willen seinerseits wohl eine Form ausfindig machen lassen, bei der der Wunsch der Kongressmehrheit erfüllt und doch eine Zersplitterung der Kräfte vermieden würde. Sehr dazu beitragen würde, wenn sich aus dem Lager der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Festlandes Stimmen in diesem Sinne äußern wollten. Dahingehende Resolutionen, in dem Sinne, wie sie oben angegeben sind, und der englischen Arbeiterpresse übermittelt, würden ihre Wirkung eventuell nicht verfehlen. Denn bei der Mehrheit der Delegirten, die der Mallin'schen Resolution zustimmen, war ja doch der Wunsch maßgebend, von Resolutionen zu Gunsten des Achtstundentages zu praktischen Maßnahmen für denselben überzugehen.

Somit hierüber. Vorher war noch an dem erwähnten Tage eine neue Geschäftsordnung beraten worden, deren wichtigste Aenderung darin besteht, daß die Gewerkschaften von nun an nur einen Delegirten für je 2000 Mitglieder, die Durchschnittszahl für gerechnet, zum Kongress delegiren dürfen — eine Vorschrift, die der Uebersetzung der Kongresse vorbeugen soll. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Zahl der diesmaligen Kongressmitglieder 495 betrug, die 418 Gewerkschaften und 1219 984 organisierte Arbeiter vertreten — im Durchschnitt 2464 Gewerkschaftsmitglieder pro Delegirten. Das ist eine noch einseitigere Vertretung, die Zahl kommt nur dadurch heraus, daß die großen Gewerkschaften weniger Delegirte entsenden, als wozu ihre Zahl sie berechtigt.

Eine weitere, am 8. September beschlossene Resolution beauftragt das parlamentarische Komitee,

„sofort Schritte zu thun, um die Regierung zu verhindern, Weisungen zu erlassen, die den Postdienst und andere Zweige der Verwaltung aus Bayern zu kaufen — diese Gegenstände sollen vielmehr von inländischen Fabrikanten gekauft oder, noch besser, in Staatswerkstätten hergestellt werden.“

Das Verlangen, daß die Regierungen ihren Materialienverbrauch möglichst im Inlande anschaffen sollen, ist ein ziemlich altes und innerhalb gewisser Grenzen auch berechtigtes. Der Vorzug von den Staatswerkstätten dagegen ist nun ein weiteres Zeichen für die wachsenden sozialistischen Tendenzen in den Reihen der englischen Gewerkschaftler.

Am Freitag kam noch einmal der Achtstundentag zur Verhandlung und zwar handelte es sich um die Stellungnahme des Kongresses zur Frage des Achtstundengesetzes. Aber nun — und dies ist gewiß der feststehende Werth — tritt man nicht mehr darüber, ob ein Achtstundengesetz zu erstreben sei, sondern nur noch darüber, wie dasselbe anzusehen habe. J. Rawley, einer der einflussreichsten Vertreter der Textilarbeiter von Lancashire, beantragte, ein Achtstundengesetz mit Optionalklausel im Parlament einzubringen — d. h. daß in jedem Gewerbe, wo die Mehrheit der organisierten Arbeiter sich dafür aus-

spreche, der Achtstundentag Gesetz sei. J. G. Arnold von London stellte dagegen den Gegenantrag, den Entwurf so zu formulieren, daß der Achtstundentag überall Gesetz sein solle, wo nicht die Mehrheit der organisierten Arbeiter des betreffenden Industriezweiges in regelrechter Abstimmung sich gegen ihre Unterstellung unter denselben erklärt (Achtstundentag mit Ausnahmeklaufe). Nach einer sehr heftigen, zugleich aber auch sehr instruktiven Debatte, auf die ich jedoch Raum mangels halber hier nicht eingehen kann, wurde der letztere, radikalere Antrag mit dem Zusatzantrag, daß die Ausnahmeklaufe nicht für Bergarbeiter gelten soll, mit 205 gegen 155 Stimmen angenommen. Ebenso wurde, mit 291 gegen 66 Stimmen, das parlamentarische Komitee beauftragt, die Bergarbeiter in ihren Bemühungen für ein Achtstundengesetz zu unterstützen.

Mit 180 gegen 155 Stimmen wurde beschlossen, daß der Kongress allen Gewerkschaften empfiehlt, Veranstaltungen zu treffen, daß der erste Mai als Feiertag gehalten wird, zum Zweck der Demonstration für den Achtstundentag und die übrigen Arbeiterforderungen.

Mit der Bestimmung von Belfast für den nächsten Kongressort war damit das Pensum des Tages zu Ende.

Am Sonnabend wurde der Rest der Anträge erledigt — wie immer an Schlußsitzungen von Kongressen, fast ohne ernstliche Debatte. Nicht ohne Widerspruch ging ein Antrag durch, der das Verbot der Anwerbung von ausländischen Armen („paupers“) an Englands Küste verlangt. Auf Antrag von Arnold (Londoner Schriftfeger) wurde das parlamentarische Komitee beauftragt, ein internationales Korrespondenz-Bureau einzurichten, das mit ähnlichen Komitees in anderen Ländern in Verbindung zu treten habe. Weiter nahm der Kongress Resolutionen zu Gunsten von Municipalisierung der Straßenbahnen und Nationalisierung der Bergwerke und der Gr. u. f. w. Lager an, sowie für Einbeziehung der Hausindustrie in den Geltungsbereich des Fabrikgesetzes und für Ausdehnung der gegen das Leudsystem gerichteten Vorschriften des Fabrikgesetzes in dem Sinne, daß es für ungesetzlich, d. h. strafbar erklärt wird, den Arbeitern für Arbeitsmaterial, Benutzung der Maschinen, für Erleichterung der Werkstätten u. dgl. vom Lohn zu machen. Eins ebenfalls, und zwar mit allen gegen zwei Stimmen beschlossene Resolution erklärte, daß kein die Altersversicherung betreffender Gesetzentwurf als befriedigend betrachtet werden könne, in dem nicht dafür gesorgt ist, daß die Invalidenklassen der Gewerkschaften eine entsprechende Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten.

Die Wahlen ins parlamentarische Komitee brachten der Linken des Kongresses eine große Enttäuschung. Fast alle ihre Kandidaten unterlagen, woran zum Theil Stimmenspaltung in ihren Reihen, zum Theil die Thatfache Schuld ist, daß die „Alten“ eben doch noch auf Grund ihrer Erfahrungen und früheren Leistungen das größere Ansehen genießen. Auch haben verschiedene der Letzteren in neuerer Zeit allerdings Konfessionen gemacht, so daß z. B. in der Achtstundenfrage das neue parlamentarische Komitee aus drei Anhängern des Achtstundengesetzes mit Ausnahmeklaufe, fünf Anhängern des Achtstundengesetzes mit Optionalklausel, und nur zwei, jedoch, mit dem Sekretär Fenwick, drei Gegnern des Achtstundengesetzes besteht. Fenwick wurde mit 273 Stimmen wiedergewählt; sein Gegner, Christoph Robertson, erhielt nur 174 Stimmen.

Ties im Großen und Ganzen das Bild des Kongresses. Manche charakteristische Einzelheiten wären noch zu berichten, doch will ich diesen Bericht nicht zu weit ausdehnen. Zusammenfassend kann ich nur wiederholen, daß trotz mancher Rückschläge in Einzelfragen auch dieser Kongress einen unverkennbaren Beweis dafür ablegt, daß der Sozialismus in England bei dem Proletariat Wurzel gefaßt hat und von Jahr zu Jahr mehr in seinen Verhandlungen zum Ausdruck kommt.

Parteinachrichten.

Der hannoversche „Volkswille“ lehnte es ab, sich der vom Magistrat durch amtliche Zufindung des bezüglichen Auftrages empfangenen Sammlung für die Hamburger anzuschließen, welche von Bürgern Hannovers arrangirt ist; der Grund, welcher unser Bruderorgan hierzu bestimmte, ist die ungerechte Verteilung aller durch die bestehende Klasse gesammelten Gelder zu Unterstützung oder sogenannter Wohlthätigkeitsszwecken. Bei früheren Nothstandsammlungen sei bei der Verteilung der Gelder gar zu oft nicht mit werthfälliger Liebe, sondern mit lieblicher Härte verfahren worden; man habe das Geld zum Almosen herabgedrückt oder es gar zur Prämie für politische und kirchliche Rechtgläubigkeit gemacht. Der Aufruf belege nicht, wie es das gesammelte Geld zur Verteilung überwiesen werden soll, biete also keine Garantien dafür, daß bei der Verteilung nicht die wahrhafte Menschenliebe zu kurz kommt. Gemäß vorgängiger Verhandlungen der hannoverschen Parteigenossen eröffnet deshalb der „Volkswille“ selber eine Sammlung für die Hamburger. Das Geld wird den Vorständen der sozialdemokratischen Partei Hamburgs überwiesen und ist an die Nothleidenden ohne Rücksicht auf Meinung und Glauben zu verteilen.

Der „Volkswille“ erklärt das mit der Nothwendigkeit der schnellen Unterstützung, nachdem er in übrigen die Staatshilfe verlangt hat. Dagegen läßt sich selbstverständlich wenig einwenden. Aber hervorgehoben muß werden:

Das Hamburger Weibsch-Regiment wird um so weniger die allein als wirkliche Hilfe zu bezeichnende Staatshilfe gewähren, je fleißiger das deutsche Volk sammelt. Die Sammlungen, welche die Magistrat anderer Städte arrangirt, sind ansehnlicher der bereits erhobenen Forderung nach Staatshilfe gewissermaßen Rückversicherung-Police des Manchester-Systems. Wenn Hamburg Staatshilfe einführt, so stehen die Magistrat der übrigen Orte und die Leitungen der Bundesstaaten bei Nothständen, deren einen der nächste Winter zweifellos fast überall in schlimmster Form zeitigen wird, vor derselben Nothwendigkeit, aus dem Kommunebeutel die Noth zu heben oder durch den Staat heben zu lassen. Und das läßt den Grundrissen des von den Herrschenden gepflegten Manchesterismus schnurstracks zuwider, deshalb wird man sich Mühe geben, privatim recht viel Geld für Hamburg aufzutreiben. Aus gleichem Grunde liegt andererseits die Theilnahme der Arbeiter an den Sammlungen für Hamburg nicht in deren Klasseninteresse, während die bestehende Klasse durch das Anrufen der Privatwohlthätigkeit ihr Klasseninteresse wie gewöhnlich wieder ausgesprochen zu wahren versteht. Die Herrschenden und Beherrschten haben in der Geschichte sich immer so verhalten. Die Beherrschten, Unterdrückten denken sozusagen mit dem Herzen, die Herrschenden mit dem Kopf — deshalb sind die ersteren der Amboss, deshalb die letzteren der Hammer. Wir wollen damit Niemanden für Hamburg bestrafen. Im Gegentheil: wer etwas sich abknapsen kann, soll's keinesfalls veräumen, denn die Hungernden können nicht darauf warten, bis die Herrschenden sich auf ihre Menschenpflicht, eben die Staatshilfe, besinnen. Aber nöthig ist es auch hier, festzuhalten, was den Erscheinungen zu Grunde liegt. Das Proletariat äbt voll und ganz seine

Menschenpflicht, die Beherrschenden üben diese Menschenpflicht nicht, sondern mißbrauchen zur Förderung ihres Klasseninteresses das Motiv der Menschenliebe durch Verweigerung der Staatshilfe und durch Anrufung der Privatwohlthätigkeit.

Charakteristisch für die Politik der herrschenden Klassen ist auch die Anrufung der Privatwohlthätigkeit durch die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“. Das Blatt sagt: „Wenn gerade wegen der Cholera mancherlei Rekriminationen gegen Hamburg laut geworden sind, so wollen wir hier nicht weiter darüber rechten; näher hätte es jedenfalls gelegen, nur daran zu denken (1), daß die Noth und Sorge eines Theiles der werththätigen Hilfe aller bedarf, die Jenen durch Zusammengehörigkeit im neuen Deutschen Reiche verbunden sind.“

Wenn eine Stadt von der Gemarkung Hamburgs einer Heimsuchung unterliegt, wie sie die dort ausgebrochene heimtückische Seuche bildet, dann ziemt es vor allen Anderen der Reichshauptstadt, voranzugehen und zu bekunden, daß trennbarliche Hilfe in jeder Noth dem Bedrängten gewiß ist. Wie aber aus Hamburg berichtet wird, handelt es sich dort nicht allein um einen Nothstand der arbeitenden Klassen, sondern es sind vielmehr hauptsächlich die mittleren, gewerbetreibenden Schichten, welche darunter leiden, daß angefaßt der Cholera Gefahr Handel und Wandel zum Stillstande gekommen sind, weil Jeder Anstand nimmt, mit Anderen in Verbindung zu kommen; Bestellungen an Handwerker, Gewerbetreibende u. dgl. sind gänzlich ausgeblieben. Dieser Kern der Bürgerschaft Hamburgs ist es, der Noth leidet, und wie er selbst stets bereit gewesen, die Noth Anderer lindern zu helfen, so darf ihm die Hilfe nicht fehlen, und Berlin wird sicherlich seinen altbewährten Ruf, für jede wirkliche Noth eine offene Hand zu haben, auch diesmal bewähren.

Berlin wird bekunden, daß es die Zusammengehörigkeit im Reiche in einem noch höheren Sinne als dem eines staatlichen Bundes aufsaßt, und Hamburg wird es ein Trost sein, in seiner Bedrängnis zu wissen, daß seine Nothlage die gemeinsame Angelegenheit des deutschen Volkes ist und die Reichshauptstadt daran ging, hiervon Zeugniß abzulegen.“

Den Offiziösen ist es natürlich höchlich unangenehm gewesen, daß bei der Besprechung der Hamburger Cholera-Epidemie die saloppe Wirthschaft des dortigen „Geschlechter“-Regiments in den Brennpunkt der Kritik gerückt wurde. Was die herrschenden Klassen veräumen, muß in den Schleiern der Toleranz gehüllt bleiben; das versteht sich, wo bleiben sonst deren Vorrechte? Die Cholera hat am fürchterlichsten unter den Hamburger Arbeitern gehaust, sie leiden auch am schwersten unter dem Nothstand, aber der offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ geht das nicht sonderlich nahe. Viel mehr Schmerzen verursacht ihr der schlechte Geschäftsgang, an dem die Hamburger Geschäftslente laboriren, weil der Hauptkonsument, der Arbeiter, nichts zu brechen und zu heilen hat. Ihnen, den honetten Geschäftslenten — die natürlich nicht sozialdemokratisch wählen — muß in erster Linie geholfen werden. Deshalb Bürger von Berlin, spate Dich, umlohnere als die verdamnte Sozialdemokratie Staatshilfe für Hamburg fordert, die, wenn kein Geld sonst einkommt, auch bewilligt werden müßte. Das gutmüthige deutsche Volk, das Summen über Summen an Staat und Kommune bezahlet, wird auch hier bleiden, wie immer, wenn man seine Thronendrägen gebührt drückt. Trotzdem Hamburg eine der reichsten Städte Deutschlands und selber, aus seinen Mitteln, von Staatswegen die Wunden heilen kann, die ihm die lieberliche Wirthschaft des „Geschlechter“-Regiments geschlagen, trotzdem der deutsche Wiesel in jeder Tasse Kaffee dem Hamburger Patriot seinen Tribut entrichtet, trotz alledem keine Staatshilfe, sondern der Hamburger Nothstand ist die gemeinsame Angelegenheit des deutschen Volkes, beileibe nicht des Deutschen Reiches, denn sonst stände man ja wieder vor dem Pentagramma der vertrackten Staatshilfe, über das man nicht steigen kann, ohne den Grundsoß anzugehen: zum Zahlen ist das deutsche Volk immer gut genug, zum Wirthathen selten, zum Wirthathen nie. Unser A und D ist: keine Almosen, sondern Staatshilfe!

Aus Wände in Westfalen (Wahlkreis Herford-Halle) wird und geschrieben: Der „Vorwärts“ hat schon mehrere Rundgebungen gebracht in Bezug auf die am 1. September im Wahlkreise Herford-Halle stattgefundenen Reichstags-Wahl. Es sei jedoch dem Verfaßer dieses gefaßt, der die Wahl selbst mitgegangen hat und die einschlägigen Verhältnisse ziemlich genau kennt, noch einmal darauf zurückzukommen. Die Thatfache, daß wir 400 Stimmen gegen die vier Verlorenen haben, hat nicht allein die Gegner überrascht, sondern uns Sozialdemokraten selbst. Wenn man aber den Ursachen nachspürt, wird man diesen Rückgang begreiflich finden. Wenn auch die Annahme unseres diesseitigen Parteigangs, der „Vielseher“ „Volkswille“ daß mindestens 2000 Ziegler, Bauhandwerker u. f. w. sich zur Zeit außerhalb befinden, etwas zu hoch gegriffen sein dürfte, so steht doch fest, daß sich unter den 8000 Wählern, welche der Urne fern geblieben sind, ein wesentlicher Prozentsatz befindet, der am Tage der Wahl abwesend war, weil er außerhalb des Wahlkreises in Arbeit steht. Aus vielen Orten des Wahlkreises sind Klagen darüber gekommen, daß die Wählerlisten sehr unzulänglich waren; viele Wähler fanden nicht in der Liste. So haben zum Beispiel hier in Wände von 655 eingeschriebenen Wählern mindestens 20 Wähler gefehlt, mehrere Hausnummern waren in der Liste gar nicht aufgeführt, kurzum, die Unvollständigkeit war eine derartig große, daß selbst die Herren, welche das Wahlbureau bildeten, hierüber nicht wenig erstaunt waren. Der Rückgang konzentrirte sich hauptsächlich auf die Stadt Herford, auf die Kemter Spengler und Wotho. Im Amte Wände haben wir gewonnen. Eine der Hauptursachen unseres Rückganges sind indes die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche hier herrschen. Die Zigarrenindustrie, der Hauptindustriezweig unseres Wahlkreises, liegt kolossal darnieder, und wenn der „Vorwärts“ in seiner Nr. 110 vom 8. September sagt, daß ein Theil der Bevölkerung für den sozialdemokratischen Kandidaten nicht zu stimmen wagte, weil ihm sonst der werththätige Boykott durch die bürgerlichen Parteien sicher war“, so hat der „Vorwärts“ damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Wenn die Feler des „Vorwärts“ sich einen ungefähren Begriff von der materiellen Lage der Zigarrenmacher in unserem Kreise machen wollen, dann will ich hier mit etwas Material aufwarten. Im Amte Wände — dem größten Amt im Wahlkreise — werden 2500 Zigarrenmacher, zur Hälfte männlich und zur Hälfte weiblich, beschäftigt. Von diesen 2500 sind noch keine 50 gewerkschaftlich organisiert. Der durchschnittliche monatliche Arbeitslohn — hier wird monatlich ausbezahlt — beträgt höchstens 36 bis 40 Mark. Leider ist infolge dieser ebenen Verhältnisse das Klassenbewußtsein unter diesen Arbeitern sehr wenig gewacht, die Anglieder eine sehr große, und wenn auch viele dieser Arbeiter schon zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie von den bürgerlichen Parteien nichts erhoffen dürfen, so geben sie zum großen Theile doch auch einem Sozialdemokraten ihre Stimme nicht. Einerseits aus Furcht, denn obgleich sie einen Hungerlohn erhalten, so sind sie bei ihrer traurigen Lebensweise doch damit zufrieden. Andererseits hängt der größte Theil noch am Pfaffen. Der Wahlkreis Herford-Halle ist das Colorado der Stöcker und

Mücker, hier haben die Stöcker, Hammerstein und überhaupt das Pfaffen- und Junkerthum ihre zahlreichsten und treuesten Freunde. In welcher Weise wir im Wahlkampf behandelt worden sind, hat der „Vorwärts“ schon des Näheren dargelegt; von der konservativen bis zur deutschfreisinnigen Partei herab hat man uns gegenüber mit den schmutzigsten Mitteln operiert. Daß wir früher schon von den Jesuiten Kuppelbauern thätlich angegriffen worden sind, ist münchlich bekannt, in diesem Wahlkampf hat dieser traurige Held eine noch traurigere Rolle gespielt, und es bedurfte der Aufbietung aller Besonnenheit seitens unserer Genossen, eine Speiser Schlacht in neuer und verstärkter Auflage zu verhindern. Geseigt hat die konservative Partei noch einmal, mit den Mitteln aber, deren sie sich bedient hat, braucht sie nicht zu prahlen. Wir haben hier von einer „vornehm-sachlichen“ Führung des Wahlkampfes nichts bemerkt. Ueber den Geschmach läßt sich bekanntlich streiten, und möglich ist, daß das, was anständige Leute für brutal halten, Stöcker, Jesuit und Genossen ganz in der Ordnung finden. Es war sehr vernünftig, daß der „Vorwärts“ dem Herrn von und wohn Hammerstein und der ganzen konservativen Partei zu diesem Wahlsiege kondolirt hat, denn am 20. Februar 1890 wurde Kleiß-Regow mit einer Mehrheit von 2300 Stimmen gewählt, am 1. Sept. 1892 betrug diese noch keine 400 Stimmen. Die Zeit bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen muß fleißig ausgegüht werden, damit die Scharte wieder ausgeweht wird, das am 1. September verloren gegangene Terrain wiedererobert, das Versäumte doppelt und dreifach nachgeholt wird. Fehler sind unsterblich auch gemacht worden, das ist nicht zu leugnen, Fehler werden zwar überall gemacht, aber es giebt Fehler, welche sich vermeiden lassen. So wurde von einem kleinen Theil unserer Genossen Werth darauf gelegt, die freisinnige Partei möglichst zu schonen und die konservative Partei mehr und schärfer anzugreifen, da die erstere für uns wenig in Betracht komme. Das ist nach meiner Meinung ein großer Fehler gewesen, der sich schwer gerächt hat. Das, was uns von der konservativen Partei trennt, trennt uns auch so ziemlich von den übrigen Parteien, und diese Trennung ist der freisinnigen Partei gegenüber nicht genügend hervorgehoben worden. Deutschfreisinnige Agitatoren haben im Wahlkreise Reden gehalten, die so radikal als möglich waren, und vernünftige Leute streiten sich darüber doch nicht mehr, daß diese radikalen Reden zu der Thätigkeit dieser Herren in den parlamentarischen Körperschaften wie die Faust aufs Auge passen. Da wir es nun hier mit einer Arbeiterbevölkerung zu thun haben, die, wie schon angedeutet, in den elendesten Verhältnissen lebt und infolge dessen auch in geistiger Beziehung auf einer sehr tiefen Stufe steht, so sagt sich dieselbe nach Anhörung einer so radikal gehaltenen Rede: ja, wenn die Deutschfreisinnigen solche Grundzüge haben, dann brauchen wir keine Sozialdemokraten zu wählen, welche uns als so grundschlecht geschildert worden sind. Man betrachte nur die Thatsache, daß die Freisinnigen 600 Stimmen gegen die vorige Wahl gewonnen haben, trotzdem dieselben infolge der Erklärung der 28 Wähler Sezessionsisten im Bürgerthum an Anhang eingebüßt hatten. Noch eins. Auf einem Dorfe, wo der Freisinn an Stimmenzahl bedeutend zugenommen hat, hatten wir 1890 36, jetzt 12 Stimmen. Einer von diesen 12, welche für uns votirt haben und der als der zielbewussteste Genosse auf dem betreffenden Dorfe gilt, sagte zum Schreiber dieses: „Bursch! (der Kandidat der Deutschfreisinnigen) war bei uns und hielt eine Rede; besser hätte Zwitern auch nicht sprechen können. Um Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre ich, daß Zwitern die auch von mir vertreten und nach meiner unmaßgeblichen Meinung auch richtige Politik vertreten hat.“

Wahregelungen von Sozialdemokraten werden aus dem Dörfchen Deth, Groß-Kreuz und Göy bei Brandenburg durch die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ gemeldet. — Die Gegner konstatiren durch die alderne Achtung unserer Genossen lediglich, daß dort, wo gemahnt wird, die Arbeiterverhältnisse erbärmlich sind und man deshalb die Arbeiter durch den Schrecken daran verhindern muß, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

Die **versigten Sozialdemokraten** fallen immer auf die Füße. Hat da die Polizei Elßas-Lothringens gemeint, sie könne der anschwellenden sozialdemokratischen Bewegung ganz gewiß Herr werden, wenn sie die selbständigen politischen Arbeiterorganisationen einfach nicht genehmigt, und jetzt muß sie erleben, daß die Sozialdemokraten sogar Vereine gründen, aus welchen die Polizei auf die geschnitzte Weise der Welt hinauskomplimentirt werden kann. Das ist der Fall in Gewweiler, wo gemäß dem bekannten Beschluß der ersten elßas-lothringischen Konferenz unserer Partei bereits ein Verein von weniger als 21 Mitgliedern begründet worden ist, welcher bei dieser Mitgliederzahl der politischen Genehmigung nicht bedarf. „Sollte es einem Polizeiführer“, schreibt die „Elßas-Lothringische Volkszeitung“, „einfallen, in dieser Versammlung sich ungerufen zu präsentieren, so wird man ihm unter Hinweis auf Artikel 291 des französischen Strafgesetzbuches die Thüre weisen.“

Soziale Ueberblick.

Achtung, Glaschleifer!

Die Kollegen der Werkstelle von Seibt, Benz u. K. treten wegen Nichtbewilligung einer Lohnaufbesserung mit dem 8. Oktober in einen Streik ein. Vor Zugang wird gewarnt. Mit kollegialem Gruß die Kollegen obiger Werkstelle.
J. A.: Sahmann. Richter.

Die **Maurer in Waren** (Mecklenburg) sind mit den Unternehmern in Lohndifferenzen gerathen und ersuchen um Fernhaltung des Zugangs.

Vom „**König Stumm**“. Die seither von der Firma Gebr. Stumm ihren Arbeitern gewährten Theuerungszulagen in Höhe von 4, 6 und 8 M. werden, wie die „Frankf. Zeitung“ berichtet, nachdem wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind, vom nächsten Monat ab bedeutend reduziert werden. Für die Arbeiter unter 24 Jahren sollen sie ganz in Wegfall kommen, jedoch wird der Schichtlohn derjenigen Arbeiter dieser Kategorie, die weniger als 2,40 verdienen, um 10 Pfennige erhöht. Für die übrigen Arbeiter beträgt die Zulage vom nächsten Monat ab nur noch 3 M. — Was für Verhältnisse haben sich denn gebessert? Sind Nahrungsmittel, Bekleidung im Preise gefallen, außer etwa Brot, sind die Steuern im Königreich Stumm niedriger geworden? Wahrscheinlich eben so wenig als anderwärts. Durch die Märgung der Theuerungszulagen verbessert König Stumm aber zweifellos seine Verhältnisse, worüber sich dessen Arbeiter um so gewaltiger freuen werden, als er ihnen ja in jeder Hinsicht den Himmel auf Erden bereitet. Die deutschen Arbeiter überkommt immer ein „faßes Grauen“, wenn sie den Namen „Stumm“ hören.

Zur **Doppelversicherung der Arbeiter in Krankenkassen** ist in München ein beachtenswerthes gerichtliches Erkenntnis gefällt worden. Amtsgericht und Landgericht haben eine dortige Orts-Krankenkasse verurtheilt, einem Mitgliede, das gleichzeitig auch einer freien Hilfskasse angehört, das voreventualen Krankengeld zu bezahlen. Die Orts-Krankenkasse hatte unter Geltendmachung der Doppelversicherung des Arbeiters die Rückzahlung des Krankengeldes verweigert. Das Amtsgericht erklärte, daß aus dem Krankenkassen-Gesetze ein sicheres Urtheil nicht zu gewinnen sei, daß man daher auf allgemeine zivilrechtliche Normen zurückgreifen müsse. Kein Richter würde eine freie Versicherungs-

anstalt für berechtigt erklären, auf Grund solcher Ansprüche, wie sie seitens der Orts-Krankenkasse geltend gemacht worden seien, Zahlung zu verweigern. Warum staatliche Versicherungen anders zu beurtheilen sein sollten, wäre nicht einzusehen. Das landgerichtliche Erkenntnis führt im Einzelnen aus, daß die Doppelversicherung vom Gesetze selbst an mehreren Stellen respiziert und somit nicht verboten sei. Es heißt dann weiter: „Der Klage-Anspruch des Arbeiters gegen die Orts-Krankenkasse war nach dem Grundsatze der Vertragsfreiheit berechtigt. Es bedurfte nicht der Erwähnung der Vertragsfreiheit im Gesetze, da diese gemeinrechtlich besteht und die Versicherungsvereinführung und Versicherungsberechtigungen, wie sie in das Gesetz Eingang fanden, sich als Ausnahme von jenem Prinzip darstellen. Der Kläger vermag sein Recht nicht unmittelbar aus dem Reichs-Krankenkassen-Versicherungsgesetze abzuleiten, wohl aber aus einem Vertrage. Daß ein wirksamer Versicherungsvertrag vorliegt, wird von der Orts-Krankenkasse mit Unrecht bestritten. Die letztere hat ihr Einverständnis mit dem Vertrage dadurch erklärt, daß sie die Beiträge bis dahin, wo sie eine Gegenleistung machen sollte, eingehoben hat. Daß in dem Kummelformulare die Frage, ob schon anderweitig versichert, mit Nein seiner Zeit von dem Arbeiter beantwortet wurde, kann mit Erfolg weder als Einwand gegen das Vorhandensein des erforderlichen Vertragswillens, noch als arglistiges Verhalten des Klägers bezeichnet werden, zumal dem eigenen Kassenstatut die Doppelversicherung nicht fremd ist.“

Naive Zumuthung. Zur Umgestaltung der Sonntagsruhe liegen nach Meldung der „Bäder- und Konditor-Zeitung“ sämtlichen den sächsischen Gewerbevereinen folgende Anträge zur Beschlußfassung zwecks einer Petition vor, die bereits von einer Anzahl von Vereinen angenommen worden sind: Der Verband beantragt bei der Staatsregierung, daß die Geschäftsstunden vor dem Vormittagsgottesdienste für Gewerbetreibende nicht berechnet, im Uebrigen aber eine allgemeine Geschäftszeit für diese Gewerbe von 11 bis 7 Uhr, für die übrigen Gewerbe von 11 bis 5 Uhr gewährt werde. Gastwirthen sei der Gewerbebetrieb über die Straße außer dieser Zeit auch nicht gestattet. Diese Bestimmungen seien durch das ganze Reich gleichmäßig zu behandeln. Die vorliegende Petition entspricht einem Antrage des Gewerbevereins Weissen. Der Gewerbeverein in Leipzig-Lindenau hat einstimmig beschlossen, im sächsischen Verband für eine Wiederaufhebung des § 41a der Gewerbe-Ordnung zu wirken! — Die Regierung wird hoffentlich dem Begehren der Gewerbevereiner keinerlei Folge geben.

Der ordentliche Tagelohn für Arbeiterinnen über 16 Jahre ist für den Bezirk Biedsburg durch den Regierungspräsidenten von 1,35 M. auf 1,50 M. erhöht worden.

Wie wenig der **Jauner** über den Wegfall der Sonntagsarbeit in dem Stande unserer Industrie begründet ist, dafür liefert, wie die „Arbeiter-Chronik“ mittheilt, das Fachblatt der „Küster Deutschlands“ durch Mittheilung des Geschäftsberichtes der **Burgener Kunstmühlwerke** und **Biskuitfabrike** einen schlagenden Beweis. Bei Erlass der Gewerbeordnungs-Novelle richteten die Arbeiter der Burgener Kunstmühle (F. Krietsch) eine Petition an die Kreisbauhauptaufsicht zu Leipzig, man möge sie doch auch künftighin sieben Tage in der Woche arbeiten lassen, weil sie sonst durch den Lohnausfall mit ihren Familien in unerträgliche Nothlage gerätheten. Diese Petition war von dem Direktor Krietsch selber verfaßt und nicht von den Arbeitern. Und wie sehr der Direktor Anlaß zu diesem Mänder hatte, zeigt der diesjährige Geschäftsbericht. Die entnommen demselben: „Das abgelaufene Geschäftsjahr weist Steigerung des Umsatzes und Gewinnes auf, und zwar ist derselbe hauptsächlich auf Rechnung des Mühlenbetriebes zu setzen. . . . Verarbeitet wurden 48 433 t — fast 8000 t mehr als im Vorjahre; Umsatz 12 563 118,30 Mark — über drei Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Diese beträchtliche Vergrößerung des Umsatzes konnte allerdings nur durch verschiedene Neuanfassungen und Erweiterungen erreicht werden (in der Höhe von circa 72 000 Mark). . . . Diese neuen Herstellungen haben sich als sehr vorteilhaft bewährt; namentlich gestaltet die erweiterte Kesselanlage eine wesentliche Ersparnis an Feuerungsmaterial, was daraus ersichtlich ist, daß bei einer Erhöhung der verarbeiteten Menge um fast 20 pCt. der Aufwand für Kohlen kaum 2 1/2 pCt. mehr beträgt als im Vorjahre. Die Unkosten sind naturgemäß höhere gewesen als im vergangenen Geschäftsjahre, stehen aber bei weitem nicht im Verhältnisse zu der Erhöhung des Umsatzes.“ Und nun folgen die Zahlen der Gewinns- und Verlustrechnung, die zusammengezogen folgendes Bild ergeben: Gesamteinnahmen rund 814 000 M., Gesamtausgaben 698 000 M., Reingewinn 116 000 M. Unter den Einnahmen figuriren der Waarengewinn mit 803 000 M., unter den Ausgaben die Abschreibungen in der außerordentlichen Höhe von 120 000 M. Die Dividende der Aktionäre beträgt 112 500 M. — ein ganz nettes Stämmchen, trotzdem sie nur auf 5 pCt. hinausgerechnet wurde. Zielt man aber die diesjährigen Neuanfassungen und die kolossalen Abschreibungen auf der anderen Seite in Betracht, so sieht das Bild freilich wesentlich anders aus. Besonders lehrreich für uns Arbeiter ist aber folgendes: Die Aktionäre streichen mühelos 112 500 Mark ein, an Arbeitslöhnen und Gehältern (die bezeichnenderweise nicht getrennt aufgeführt werden) werden dagegen bloß 87 480 Mark ausgegeben. Rechnet man für Direktorial- u. Gehälter nur 20 000 Mark (und das ist entschieden zu wenig), so bleibt für die sich sieben Tage in der Woche plagenden Mänder nur 67 000 Mark Arbeitslohn, für die laulenzenden Aktionäre aber 112 500 Mark Entbehrungslohn! Und nun ermesse man die Unverschämtheit, die dazu gehört, die armen Mändergassen um die Weiterzulassung der Arbeitszeit petitioniren zu lassen! Da ist jedes Wort überflüssig. Profit, Profit! das ist der Gott der heutigen Gesellschaft! Ausbeutung ist ihr das höchste Gesetz!

Ein **Kongreß der Textilarbeiter und Arbeiterinnen** Westbairns wird am 9. Oktober in Eßlingen abgehalten. U. a. handelt es sich um den Anschluß an den deutschen Textilarbeiter-Verband.

„**Etwas Neelles**“ in der jetzigen geschäftlosen Zeit für die Handwerker zu thun, verlangte ein Inserat der „Dresdener Nachrichten“ von den — Konservativen. Es giebt immer noch menschenfreundliche Leute, die in der jetzigen Zeit der schweren Noth für Humor sorgen.

Hamburger Aktienkapital. Das „arbeitende“ Kapital der Hamburger Aktiengesellschaften erreichte nach Ausweis der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ im Jahre 1889/90 die Kleinigkeit von 457 290 450 M. Hierin sind nicht mit eingerechnet die Kapitalien, mit denen die Reichsbank und die Deutsche Bank in Hamburg „arbeiten“. Im Ganzen waren bei 13 Banken (einschließlich der beiden vorgedachten) 132 116 150 M.; bei 25 Dampfschiffsgesellschaften 88 754 000 M.; bei 25 Versicherungsgesellschaften 12 026 000 M.; bei 17 Branerier-Gesellschaften 27 875 100 M. und bei 121 Industriegesellschaften 196 461 200 M. angelegt. — Und dieses reiche Hamburg kann für die Hinterbliebenen der an der Cholera Verstorbenen und der infolge der Epidemie Arbeitslosen so wenig thun, daß ganz Deutschland für dieselben sammeln muß?

Zum **Nothstand in Wien** wird der „Frankfurter Zeitung“ unter dem 14. September berichtet: In der gestern stattgehabten Sitzung der Bezirksvertretung von Rudolfsheim wurde ein Antrag eingebracht, wonach der Bürgermeister mit Rücksicht auf die bestehende und noch weiter zu befürchtende Arbeitslosigkeit ersucht wird, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß in Ausführung des Gesetzes, betreffend die großen Verkehrsanlagen, mit

den der Gemeinde Wien zur Ausführung übertragene, in erster Linie der Regulierung des Hochwasserabflusses erforderlichen Reservoirs der zur Regelung des Hochwasserabflusses erforderlichen Reservoirs noch vor Eintritt der rauhen Jahreszeit begonnen werde. Die Bezirksausschüsse Dolejsch, Kosam, Pradetzky, Brantner und Schwarzmaier weisen darauf hin, daß der Winter vor der Thüre stehe, eine Epidemie die Stadt bedrohe, Tausende von Arbeitslosen brotlos sind und ganze Familien darben. Die getroffenen sanitären Vorkehrungen werden wenig nützen, da Hunger und Entbehrungen jeder Art der Seuche nur die Wege ebnen. Die Bewohner der durch die unvorhergesehene Erhöhung der Verzehrungssteuer hart betroffenen Vorortsbezirke sehen dem Winter mit Angst entgegen, weil es doch zumeist Zusätze der Vorortsbezirke sind, die trotz des besten Willens zur Arbeit dem größten Elende preisgegeben sind. Die Antragsteller halten es daher für ihre Pflicht, den Vorleser zu ersuchen, sich zum Bürgermeister zu begeben und ihn zu ersuchen, er möge in Anbetracht des Nothstandes unverzüglich Anstalten treffen, daß für die Brotlosen Arbeit geschaffen werde. Er könnte ja jetzt schon ganz gut mit den Vorarbeiten für die Verkehrsanlagen, mit der Applanirung des Einemalles etc. beginnen lassen. Sollte der Bürgermeister wegen Widerstandes seitens der Regierung derzeit noch nicht in der Lage sein, Arbeit zu schaffen, so möge er um eine Anleihe ansuchen und in dieser den Kaiser bitten, derselbe wolle den Bürgermeister ermächtigen, noch vor Austragung der zwischen der Regierung und der Kommune Wien bestehenden Differenzen mit den nöthigsten Arbeiten beginnen zu dürfen. — Beide Anträge fanden beifällige Annahme.

Beendet ist der Streik der Weber in Resmark, nach dem denselben eine kleine Lohnerhöhung zustanden wurde.

Versammlungen.

Zur **Geachtung!** Wir bitten die Herren Schriftführer, bei der Abfassung der Versammlungsberichte sich aller nur möglichen Mühe zu beschließen.

In einer **öffentlichen Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend** referirte am 13. September Kollege Blaurol über das Thema: Was will und erstrebt der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins bezw. welche Zwecke verfolgt derselbe? Der Redner erklärte nach Verlesung einiger Paragraphen des Statuts, daß der Verein sich zu seiner Aufgabe gestellt habe, seine Mitglieder aufzuklären durch wissenschaftliche, gewerkschaftliche und sozialpolitische Vorträge, damit dieselben ihre Klassenlage erkennen können, um für die Bewirkung des sozialdemokratischen Programms mit vollem Verstande eintreten zu können. Dann ging der Redner auf das speziell Berufliche ein, tabelte die Baubuden und meinte, wenn nur zwei Drittel der in Berlin arbeitenden Maurer sich dem Verein anschließen und für dessen Ziele eintreten, so würde man im Winter sehr bald heizbare Baubuden haben auf den Arbeitsplätzen an Stelle der jetzigen gesundheitschädlichen. Selbst für Klosetts werde auf den Bauten sehr wenig gesorgt. In der Diskussion sprachen fünf Kollegen im Sinn des Referenten, worauf ein Antrag angenommen wurde, worin sich die Versammlung mit dem Referenten einverstanden erklärte und für die Interessen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins eingutreteten versprach. Der Punkt Stellungnahme zur Streik-Kontrollkommission wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Unter gewerkschaftlichem wurde bekannt gegeben, daß die Zahliste für Entgegennahme freiwilliger Beiträge nicht bei Jechlin, Hornstraße, bleibt, sondern vom 1. Oktober ab zu Kofe, Gneisenau, und Schleiermacherstraße-Edde, verlegt wird, woselbst Beiträge Sonntags von 8—10 Uhr entgegen genommen werden. Endlich wurde noch auf das Vergnügen aufmerksam gemacht, welches am 24. September der Prognos, Sebastianstr. 10, vom Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend abgehalten wird. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Bei den **Gärtnern, Drückern und Galvanisireuren** sprach am 13. September Genosse Otto Klein über Gewerbegerichte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Man stellte dann als Kandidaten für die Gewerbegerichts-Wahl folgende Kollegen auf: Reinhold Schmidt, Julius Berwick, Ernst Kaiser (Gärtler), Joseph Hartmann (Drücker), und da die Galvanisireure nicht genügend vertreten waren, Richard Bayer (Drücker) als Ersatzmann. Um die Kollegen obiger Branchen mehr zur Organisation heranzuziehen, werden die Kollegen Richard Heinrich, Gärtler, Wienerstraße 61, und Schölk, Drücker, Rixdorf, Zietzenstraße 45, zu Vertrauensmännern gewählt.

Im **Verein deutscher Schuhmacher** sprach am 12. September Herr Apelt über den Untergang des Kleinhandwerkes und die moderne Gewerkschaftsbewegung. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte. Im Verschiedenen wurde dem Schriftführer entgegengehalten, daß nicht, wie es im letzten Versammlungsbericht heißt, sich einige Kollegen in der vorigen Versammlung gegen das System der Kontrollmarke ausgesprochen haben, sondern nur die reelle Durchführbarkeit desselben bezweifelt, was hierdurch berichtend bemerkt wird.

Der **Verein der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen** ehrte am 13. September das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Albers in der üblichen Weise und führte hierauf einen Vortrag des Herrn Canich über die Heilung der Cholera durch das Naturheilverfahren. Der Redner erntete reichen Beifall. An Stelle des abgereisten 2. Schriftführers, Kollegen Schmidt, wurde Lithograph Peter gewählt, als Vize-Kollege Georg Schulz und in die Unterstufungskommission Kollege W. Jecher. Der Vorsitzende machte dann bekannt, daß die über die Firma Priester verhängte Sperre aufgehoben ist; die Sache sei zu Gunsten der Kollegen beigelegt, so daß die alten Löhne weiter gezahlt würden. Die Verwaltung war beauftragt, mit dem Restaurateur S. Hermann, Elisabethstraße, dahin Rücksprache zu nehmen, daß er seinen Arbeitsnachweis ausgeben möchte. Er wies dies kurzerhand ab. Die Versammlung war sich darüber einig, daß, da dieser Mann dem Verein entgegenarbeitet, trotzdem er ein Kollege ist, streike gegen ihn vorgegangen werden müsse, und nahm folgende Resolution an:

„Da durch den Bericht der Kommission zur Gewidung bewiesen ist, daß der Restaurateur S. Hermann, Elisabethstraße, auf keinen Fall seinen Privat-Arbeitsnachweis aus den Händen geben will, ferner dadurch festgestellt ist, daß der pp. Hermann den Interessen des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen, sowie der modernen Arbeiterbewegung entgegenarbeitet, appellirt die heutige Versammlung an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter und Gewerkschaften, das Lokal so lange zu meiden, bis der pp. Hermann eines Besseren sich besonnen hat. Gleichzeitig sind die Kollegen verpflichtet, diesen Arbeitsnachweis zu meiden, jeder Kollege, welcher gegen diesen Beschluß handelt, hat das Anrecht auf die Mitgliedschaft des Vereins verloren.“

Im Weiteren wurde bekannt gemacht, daß die monatlichen Abrechnungen der Vertrauensmänner, welche bei den vier Jahrestellen: Brall, Svinenänderstr. 4; Fisch, Köpferstr. 5, 11; Jecher, Putzmeisterstr. 37, und Krone, Adalbertstr. 24, abgerechnet werden kann. Der Vorsitzende forderte noch einmal zur Einsetzung der Arbeitsordnungen auf und Kollege Friedewald bat die Kollegen, recht fleißig Biletts zu der am Sonntag, den 25. September, stattfindenden Ratinee anzufuchen. Zur Aufnahme meldeten sich in dieser Versammlung 36 Kollegen.